

# der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 8/2015



Härtefallfonds in Brandenburg

Nord-Koreas Flüchtlinge

Kaum bekannter Gedenktag

**Aktuell**

- 3 Ein Vierteljahrhundert geeintes Deutschland  
Entschleßungsantrag  
Zukunft ungewiß  
Gedenkstein am authentischen Ort  
Postkartenaktion

**Recht**

- 4 Härtefallfonds

**International**

- 6 „Sie leben wie Tiere“  
Erneutes Treffen getrennter Familien  
B-Waffen-Experte geflohen

**Lernen hinter Gittern**

- 8 Mathe für Menne

**Berichte**

- 9 UOKG-Vorstand neu gewählt  
Ein kaum bekannter Gedenktag
- 10 Verdrängter Terror
- 11 Treffen der Überlebenden
- 12 DDR-Zwangsausgesiedelte fordern Opferrente  
Gedenkveranstaltung in Sachsenhausen
- 13 Wie ich es sah

**Verbände**

- 14 „Der kalte Krieg“  
UOKG-Ausstellung  
Taschenkalender erschienen
- 15 Auszeichnungen  
8. Hohenschönhausen-Forum
- 16 Jahresabschluß  
Abschied
- 17 „Entrückte Biographien“

**Service/Bücher**

- 18 Bedrohter Alltag  
Gesperrte Ablage
- 19 Wie zwei Berlins zusammenwachsen  
Buchtip

**Service/Veranstaltungen**

17–19

**Umschlagbild**

*Die neue Plakatausstellung „Der Kalte Krieg. Ursachen – Geschichte – Folgen“ der Bundesstiftung Aufarbeitung und des Berliner Kollegs Kalter Krieg ist das ideale Medium, um an öffentlichen Orten zur Auseinandersetzung mit der globalen Systemkonkurrenz einzuladen, die die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts prägte. Sie bildet den geeigneten Rahmen für Filmvorführungen, Zeitzeugengespräche, Buchvorstellungen und andere Veranstaltungen (s.S.14).*

# Was wollen wir, was wollen wir nicht?

Von Horst Schüler

Wie unsere Bundeskanzlerin über die Völkerwanderung denkt und was sie dazu sagt, das wird uns ja in und von den Medien täglich berichtet. Auf einen Nenner gebracht: „Wir schaffen das“, „Eine Obergrenze bei der Zahl der Flüchtlinge kann es nicht geben“, und das sei nicht mehr ihr Land, wenn sie sich für Freundlichkeit angesichts einer Notlage entschuldigen soll.

Letzteres verlangt niemand, weder von Frau Merkel noch von jemand anderem. Aber es muß schon erlaubt sein, die Meinung der Frauen und Männer darzustellen, die für ein demokratisches und rechtsstaatliches Deutschland eingetreten sind, die dafür in Gefängnissen und Lagern „saßen“, deren Freunde hingerichtet wurden. Sie alle haben gekämpft für dieses Land, so, wie es sich heute präsentiert. Wenn Millionen Menschen völlig unkontrolliert zu uns kommen, die von uns fremden Wertvorstellungen geprägt sind, dann besteht zumindest die Gefahr, daß sich Deutschland verändert.

Wir ehemaligen politischen Häftlinge des Kommunismus sind nur eine kleine Gruppe in unserer Gesellschaft, zumeist im hohen Lebensalter stehend. Natürlich wissen wir um die geringe Durchschlagskraft unserer Meinung, und wir wissen auch, daß unserem „Stacheldraht“ im Konzert der Medien leider nur geringe Aufmerksamkeit geschenkt wird. Dennoch wollen wir uns nicht einmal vorwerfen lassen, schweigend hingenommen zu haben, was unserem Land droht.

Was also wollen wir, was wollen wir nicht?

Zuerst einmal steht völlig außer Frage, daß jeder bei uns Schutz und Hilfe finden muß, der in seinem Heimatland bedroht wird, der um sein Leben fürchten muß. Wir, die wir wegen unseres Widerstandes gegen eine menschenverachtende Ideologie verfolgt wurden, stehen mit dieser Forderung an erster Stelle.

Wir erwarten von Flüchtlingen, daß sie unsere Wertvorstellungen respektieren,

daß sie sich in unsere Gesellschaftsordnung einbringen, daß sie sich für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einsetzen, daß sie Frauen die gleichen Rechte und Freiheiten zubilligen, die Männer für sich in Anspruch nehmen, daß sie sexuelle Freiheit achten, so sie sich nicht gegen Kinder richtet, und daß sie sich bemühen, unsere Sprache zu sprechen. Wir wollen, daß Religion eines jeden private Angelegenheit ist, wie es auch das für alle in Deutschland lebenden Bürger geltende Grundgesetz vorgibt.

Wir wollen nicht, daß Parallelgesellschaften entstehen (wie es sie etwa in Berlin-Neukölln bereits gibt). Wir wollen nicht, daß sogenannte Friedensrichter familiäre Streitigkeiten schlichten, sondern daß dies Sache unserer Justiz bleibt. Wir wollen, daß unseren Polizisten der ihnen zustehende Respekt gezollt wird. Wir wollen keine Ortsteile, in denen Ordnungshüter an Leib und Leben bedroht werden.

Angesichts der großen Menge der von Krieg und Verfolgungen bedrohten Flüchtlinge, deren Unterbringung und Versorgung uns alles an staatlichem und privatem Engagement abverlangt, wollen wir, daß Menschen, die allein aus wirtschaftlichen Gründen Asyl suchen, umgehend in ihre Heimatländer zurückgeschickt werden.

Wir wollen, daß es innerhalb der Europa-Union nicht nur einige wenige Länder gibt, die Flüchtlinge aufnehmen.


Und wir wollen nicht, daß Menschen in die rechtsextreme Nazi-Ecke gestellt werden, nur weil sie die mit der Völkerwanderung einher gehenden Probleme sehen und ansprechen.

Schließlich dürfen wir uns auch noch wundern. Nämlich, daß in reichen muslimischen Ländern – etwa Saudi-Arabien oder Kuwait – keine Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen werden. Dafür, so war zu lesen, soll es von dort Geld für den Bau von Moscheen in Deutschland geben. Besser, darüber nicht lange nachzudenken.

# Ein Vierteljahrhundert geeintes Deutschland

(st) Zum 25. Jahrestag der Deutschen Einheit zog die Bundesstiftung Aufarbeitung eine positive Bilanz und erinnerte zugleich an die bleibenden Aufgaben: „In 25 Jahren wurde vieles erreicht, auf das wir stolz sein können. Unsere Erfahrungen von Teilung und Einheit können uns helfen, die heutigen Herausforderungen erfolgreich anzugehen“,

sagte der ehrenamtliche Vorsitzende der Bundesstiftung Aufarbeitung, Rainer Eppelmann mit Blick auf die aktuelle Flüchtlingsbewegung. Die Geschäftsführerin der Stiftung, Dr. Anna Kaminsky, ergänzte: „Wir erleben heute, wie attraktiv das vereinte Deutschland als wirtschaftlich starkes, aber auch politisch und kulturell freiheitliches Land ist.

Diejenigen, die unter der Engstirnigkeit und politischen Willkür der SED-Diktatur gelitten haben, können diese Anziehungskraft sicher gut nachvollziehen.“ Man dürfe aber nicht müde werden, deutlich zu machen, was Diktatur und Unfreiheit bedeuteten und daß unsere Demokratie keine Selbstverständlichkeit sei. 

## Entschließungsantrag


(amb) Die Initiative Mahnmal der UOKG e.V. hat den Vorstoß der Regierungskoalition, zum 25. Jahrestag der Deutschen Einheit ein Mahnmal für Kommunismusopfer an einem zentralen Ort in Berlin auf den Weg zu bringen, begrüßt.

Im Entschließungsantrag des Deutschen Bundestages zum Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit wird gefordert, „... das Gedenkstättenkonzept des Bundes im Sinne des Koalitionsvertrages von CDU/CSU und SPD weiterentwickeln und dabei im Besonderen eine in dieser Legislaturperiode anstehende Initiative des Deutschen Bundestages für ein Denkmal zur Mahnung und Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft an einem zentralen Ort in Berlin vorzubereiten und zu begleiten.“

Auf einer Pressekonferenz der Initiative Mahnmal sprach der Generalsekretär der CDU Berlin, Kai Wegner, von einem „Meilenstein“ auf dem Weg zu einem

Mahnmal für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft. Vorbild für ein zentrales Mahnmal seien viele europäische Staaten – „Warum nicht bei uns?“, fragte der Politiker. „Wir haben jetzt zwei Jahre Zeit, das Denkmal so vorzubereiten, daß sein Bau unwiderruflich ist.“


Dr. Hubert Knabe, Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, betonte den Konsens in der Aufarbeitungslandschaft für das Mahnmal. Er unterstrich, daß den Opfern von politischer Gewalt eine symbolische Anteilnahme der Gesellschaft zustehe und der „epochale Charakter“ ihres Leidens sichtbar werden müsse.

Stephan Hilsberg, Parlamentarischer Staatssekretär a.D. und Mitglied der Initiative Mahnmal, stellte heraus, daß eine weitreichende Aufklärung über die Anfänge, die Verbrechen und das Scheitern der kommunistischen Diktatur nur durch ein mit dem Mahnmal verbundenes Dokumentationszentrum gelingen könne. 

## Zukunft ungewiß

(sz) Die bundesweit einzige Beratungsstelle für politisch Traumatisierte der SED-Diktatur bangt um ihre Zukunft. Die Finanzen seien derzeit noch bis Ende 2016 gesichert, sagte der Leiter der Berliner Einrichtung „Gegenwind“, Dr. Stefan Trobisch-Lütge. Drei Therapeuten kümmern sich von Montag bis Freitag um Betroffene. Es gibt Einzelberatung, Gesprächskreise, eine Mal- sowie eine Yoga-Gruppe. Jährlich suchen hier ca. 1000 Menschen Rat.

Es geht um einen Jahresetat von rund 160 000 Euro. Das Geld kommt derzeit aus dem Mauerfonds sowie vom Berliner Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und der Bundesstiftung Aufarbeitung.

Eine wissenschaftliche Studie von 2012 geht von 200 000 bis 300 000 politisch Inhaftierten in der DDR aus. Etwa ein Drittel leide demnach an den psychischen Folgen, wie z.B. posttraumatischen Belastungsstörungen. Die Beratungsstelle „Gegenwind“ gibt es seit 17 Jahren. 

## Gedenkstein am authentischen Ort

(sbm) Seit dem 8. Oktober ist der Gedenkstein für Günter Litfin unter der Bahnbrücke in Berlin und damit am ursprünglichen Ort des Geschehens für die Öffentlichkeit zugänglich. Hier wurde Litfin im August 1961 auf der Flucht nach West-Berlin im Wasser erschossen. Zuletzt stand der Gedenkstein an der Sandkrugbrücke am ehemaligen Grenzübergang Invalidenstraße. Zur Einweihung des neuen Standortes fand eine Zeremonie mit dem Direktor der Stiftung Berliner Mauer, Prof. Dr. Axel Klausmeier, im Beisein von Jürgen Litfin, dem Bruder des Getöteten, statt.

„Der Gedenkstein ist nun an den Ort zurückgekommen, der so nah wie möglich am Ort der Flucht Günter Litfins liegt“, sagte Klausmeier in seiner Ansprache. Damit erfolgte die Umsetzung des Ge-

denksteins „im Einklang mit der Idee des dezentralen Gedenkstättenkonzepts des

Landes Berlin“: Die Geschichte wird am Ort des Geschehens erzählt. 

### Postkartenaktion

Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden,

wie angekündigt, liegt jedem Exemplar dieser Ausgabe eine Postkarte bei. Am 2. Oktober hat der Bundestag einen Entschließungsantrag für ein zentrales Mahnmal verabschiedet. Das ist natürlich gut. Jetzt aber kommt es darauf an, daß auch der Entwurf für ein Errichtungsgesetz eingebracht und angenommen wird. Deshalb bitten wir Sie herzlich, die Karte an einen Abgeordneten zu adressieren und abzuschicken.

Je mehr Menschen Postkarten versenden, desto dringlicher und überzeugender ist unsere Forderung! Wir machen deutlich, daß ein Mahnmal kein Thema ist, welches nur die „Ostdeutschen“ betrifft, sondern daß Opfer der kommunistischen Diktatur in ganz Deutschland leben, ganz ähnlich, wie die Leser des „Stacheldrahts“.

Ab einer Stückzahl von 20 Karten können diese bei uns nachbestellt werden. Senden Sie dazu einen rückfrankierten Umschlag (1,45 Euro) an die folgende Adresse: Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e.V., „Postkarten“, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin.

# Härtefallfonds

für in der SBZ/DDR politisch Verfolgte mit Wohnsitz im Land Brandenburg

Der Härtefallfonds ist Ausdruck des politischen Willens, den Opfern der SED-Diktatur Anerkennung und Unterstützung durch das Land Brandenburg zu gewähren. Die Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“ regte 2014 in ihrem Abschlußbericht die Einrichtung eines Härtefallfonds für ehemals politisch Verfolgte im Land Brandenburg an. Sie hatte in ihrer Arbeit festgestellt, daß ehemals politisch Verfolgte heute teilweise unter besonders schwierigen gesundheitlichen und wirtschaftlichen Bedingungen leben und in besonderen Notfällen einer Unterstützung bedürfen, die sowohl durch bundesgesetzliche Regelungen als auch bestehende Hilfesysteme nicht geleistet werden kann.

Der Brandenburgische Landtag stimmte am 12. Juni 2015 dem Haushaltsgesetz für 2015/2016 zu, in dem erstmals Mittel für einen Härtefallfonds vorgesehen wurden, aus dem in der SBZ/DDR politisch Verfolgte mit Wohnsitz im Land Brandenburg in besonderen Notfällen eine einmalige finanzielle Hilfe bekommen können.

Am 18. September 2015 konstituierte sich in den Räumen der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAKD) das Entscheidungsgremium für den Härtefall für politisch Verfolgte und Rehabilitierte im Land Brandenburg. Damit ist das Land Brandenburg das erste Bundesland überhaupt, in dem politisch Verfolgte der kommunistischen Diktatur, die sich in einer materiellen Notlage befinden, Unterstützung erhalten können, für die andere Träger des Sozialsystems nicht zur Verfügung stehen.

## Ziele des Fonds

Die finanzielle Hilfe soll geeignet sein, ehemals politisch Verfolgte in besonderen Notsituationen zu unterstützen, und dazu beitragen, bis heute anhaltende Folgen politischer Repression in der SBZ/DDR zu mindern und die soziale Integration zu verbessern.

Antragsberechtigt sind Bürgerinnen und Bürger, die ihren Wohnsitz im Land Brandenburg haben, in der SBZ/DDR politisch verfolgt und nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen rehabilitiert wurden und die in ihrer wirtschaftlichen Lage in besonderem Maße beeinträchtigt sind.

Die Gewährung einer Unterstützungsleistung ist mit folgenden allgemeinen Regelungen verbunden:

- Die Unterstützungsleistung soll die bundesgesetzlichen Regelungen und bestehende sozialrechtliche Versorgungssysteme ergänzen, sie jedoch nicht ersetzen.
- Die Hilfe wird in der Regel nur einmalig gewährt.
- Die Unterstützung soll möglichst nachhaltig sein. Nachhaltig sind Hilfen zur Selbsthilfe und Hilfen, die dauerhaft aus einer Problemlage herausführen.
- Nicht gefördert werden laufende Ausgaben und Schuldleistungen.
- Ein Rechtsanspruch auf eine finanzielle Hilfe aus dem Härtefallfonds besteht nicht.

## Verfahren

### Antragstellung

Die Antragsberechtigten können sich schriftlich unter Verwendung des offiziellen Antragsformulars oder auch zunächst mit einem formlosen Antrag an die Adresse der LAKD wenden:

Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAKD), Hegelallee 3, 14467 Potsdam

Ansprechpartnerin:  
Carola Schulze, Beratung Härtefallfonds,  
Tel. (03 31) 23 72 92 27  
(Sprechzeiten Mo 13.00–16.00 Uhr,  
Fr 10.00–13.00 Uhr),  
Fax (03 31) 23 72 92 29,  
carola.schulze@lakd.brandenburg.de

Ist ein formloser Antrag eingegangen, erhält der Antragsteller von der LAKD zur Konkretisierung des Antrags noch das offizielle Formular für ergänzende Angaben (z.B. zur finanziellen Situation). Der Zweck, zu dem finanzielle Mittel beantragt werden, ist zu benennen und zu begründen sowie die Höhe der benötigten Mittel zu vermerken.

Soll die Auszahlung der Unterstützungsleistung noch in diesem Jahr erfolgen, muß der Antrag bis spätestens 15.11.2015 bei der LAKD vorliegen. Nach diesem Zeitpunkt eingehende Anträge verlieren nicht ihre Wirksamkeit, sondern werden als Anträge für das Jahr 2016 behandelt.

### Antragsbearbeitung

Die Anträge werden durch eine Mitarbeiterin der LAKD geprüft. Gegebenenfalls werden Rücksprachen mit den Antragstellerinnen und Antragstellern gehalten und dabei geklärt, ob ihr Unterstützungsbedarf nicht durch bundesgesetzliche Regelungen bzw. bestehende soziale Hilfesysteme gedeckt werden kann. Die LAKD erarbeitet zu jedem eingereichten Antrag ein Votum.

### Entscheidungsfindung

Über die Anträge entscheidet ein unabhängiges Gremium. Dem Entscheidungsgremium gehören an:

## Ehemalige ELMO-Zwangsarbeiterinnen aufgepaßt!

Teilen Sie uns bitte mit, von wann bis wann Sie im Frauenzuchthaus Hoheneck im ELMO-Kommando tätig waren.

Haben Sie gesundheitliche Schäden erlitten wie Atemprobleme, Verformungen an den Händen oder schmerzhafte Entzündungen? Wie hoch war die Entlohnung im Monat?

Diese Haftschäden müssen endlich anerkannt werden. Deshalb möchten wir Erlebnisse von Augenzeugen an die dafür verantwortlichen Stellen weiterreichen.

Ellen Thiemann

Kontakt über:  
Redaktion Der Stacheldraht, Ruschestr. 103, Haus 1,  
10365 Berlin, E-Mail der-stacheldraht@web.de

OKR Martin Vogel, Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, Beauftragter bei den Ländern Berlin und Brandenburg

Rosmarie Priet, Diplom-Psychologin, Leitung Opferberatung/Traumaambulanz

Opferhilfe Land Brandenburg e.V.

Ulrike Poppe, Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAKD)

Dem Gremium werden vorgelegt:

- Alle eingegangenen Anträge, sofern sie vollständig sind und den allgemeinen Regelungen für Unterstützungsleistungen aus dem Härtefallfonds entsprechen
- Das von der LAKD zu jedem Antrag erarbeitete Votum
- Die jeweils aktuelle Übersicht über die vorhandenen bzw. bereits ausgegebenen Haushaltsmittel des Härtefallfonds

### Schriftliche Mitteilung über die Hilfe

Wurden Anträge positiv entschieden, erhalten die Antragsteller von der LAKD eine schriftliche Mitteilung, welche die persönlichen Daten des jeweiligen Antragstellers, die Bezeichnung der konkreten Unterstützungsleistung sowie deren Begründung enthält. Die schriftliche Mitteilung benennt das Verfahren der Auszahlung der finanziellen Hilfe sowie das der Nachweiskontrolle.

### Auszahlung der finanziellen Hilfe

Die Gewährung der Unterstützungsleistung kann in der Regel nur einmal erfolgen.

### Kontrolle der Umsetzung

Die Verwendung der Mittel ist durch Originalvorlagen gegenüber der LAKD nachzuweisen.

### Leistungsschwerpunkte

Zu den Bereichen soziale Integration/ Teilhabe und Unterstützung für ein selbstbestimmtes Leben gehören insbesondere folgende Leistungsschwerpunkte:

### Unterstützung von Aus- und Fortbildung

Dazu können beispielsweise Unterstützungsleistungen gehören, die nachhaltig die Integration in den Arbeitsmarkt fördern. Erhält der Betroffene weder von der Agentur für Arbeit noch über den § 6 BerRehaG eine ausreichende finanzielle Unterstützung, mit der ihm eine Aus- bzw. Fortbildung ermöglicht wird, kann aus den Mitteln des Härtefallfonds eine Hilfe gewährt werden. Es können auch solche Aus- und Fortbildungen unterstützt werden, die in der DDR aus politischen Gründen versagt wurden und deren nachgeholt Absolvierung dem Betroffenen hilft, eine Wunde zu schließen.

### Unterstützung von gesundheitsfördernden Maßnahmen

Unterstützt werden können Maßnahmen, die zur Linderung von Gesundheitsschäden beitragen, soweit sie nicht von sozialen und medizinischen Hilfesystemen abgedeckt sind. (Dazu gehören Therapien und gesundheitliche Hilfsmittel, die nicht kassengestützt sind oder einen hohen Betrag an Eigenbeteiligung verlangen.)

### Unterstützung von selbstbestimmten Wohn- und Lebensmöglichkeiten

Unterstützt werden können der Umzug in eine behindertengerechte Wohnung oder die behindertengerechte Ausstattung von eigenem Wohnraum, soweit dies nicht durch soziale Hilfesysteme übernommen wird. Die Unterstützung kann auch in Ausnahmefällen bestimmte Ausstattungsgegenstände betreffen (z.B. technische Geräte zur Unterstützung bei körperlichen Einschränkungen).

LAKD Brandenburg

### Wichtiger Hinweis

(cs) Es wird um Verständnis dafür gebeten, daß die Anzahl der Fälle, in denen eine einmalige Hilfe gewährt werden kann, durch die im Fonds zur Verfügung stehenden Mittel derzeit leider eng begrenzt ist. Der Härtefallfonds umfaßt in diesem Jahr insgesamt 15 000 Euro und im kommenden Jahr 30 000 Euro. Ein rechtlicher Anspruch auf eine einmalige Hilfe besteht nicht.

*Es ist meistens leichter,  
mit einem Mann auszukommen,  
als mit seinem Geld.*

*Ingrid van Bergen*

Vielleicht spendet er schon für den Stacheldraht...

Wenn nicht: Bitte spenden Sie für den STACHELDRAHT, und werben Sie Spender und Abonnenten.

Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit 9 Ausgaben kostet 9,- Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das Konto BSV-Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110, Verwendungszweck „Stacheldraht-Abo“ oder „Stacheldraht-Spende“.

(Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)

## Information

Anträge auf einmalige Abschlußzahlung bei der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge in Bonn (s. auch Ausg. 6/2015 S. 4) sollten nicht vor Januar 2016 gestellt werden. Ende der Antragstellung ist der **30.6.2016**.

Es gibt keine besonderen Antragsformulare. Die bisher gültigen können verwendet und abgefordert werden unter Telefon (030) 55 49 63 34.

Elke Weise

## Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

## Wieviel Zeitung verträgt der Mensch?

FAZ, Tagesspiegel, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau, BILD, taz, Die Zeit, Spiegel, Focus, Stern, Ostfriesischer Kurier...

Man kann nicht alle lesen – aber den „Wochenrückblick“-online bestellen.

Dieser Informationsdienst bietet mit kurzen Texten und Links zu vollständigen Zeitungsberichten die News der vergangenen Woche, rund um das Thema Aufarbeitung. Er wird als E-Mail verschickt und ist zu bestellen unter [uokg-wochenrueckblick@gmx.de](mailto:uokg-wochenrueckblick@gmx.de).

Elke Weise

## „Sie leben wie Tiere“

Ein Gespräch mit den nordkoreanischen Flüchtlingen Rim Il und Ahn Myeong-chul

**stacheldraht:** Herr Rim, warum haben Sie Nord-Korea verlassen?



Fotos: N. Radlitz

Rim Il.

wurden verkauft. Da eröffnete die Regierung den Bürgern die Möglichkeit, im Ausland zu arbeiten. Wenn man drei Jahre gearbeitet hatte, erhielt man einen Lohn, mit dem man z.B. eine Waschmaschine kaufen konnte, mehr nicht. Also ein unvorstellbarer Hungerlohn. Doch trotzdem war es ein Anreiz. Zunächst bin ich also, um dem Hunger zu entgehen, auf Arbeitssuche nach Kuwait gegangen.

**stacheldraht:** Wie sind Sie dann nach Süd-Korea gekommen?

**Rim:** Ich ging im November 1996 nach Kuwait, dort habe ich fünf Monate praktisch ohne Lohn gearbeitet, jeden Tag 13 Stunden, ich habe den Lohn also nie in die Hand bekommen. Da bin ich in die südkoreanische Botschaft in Kuwait geflohen. So gelang mir die Ausreise nach Süd-Korea.

**stacheldraht:** Und warum sind Sie nach Süd-Korea geflohen, Herr Ahn?

**Ahn:** Mein Vater war Verantwortlicher für die Nahrungsmittelverteilung. Und er sagte immer, daß das System dort falsch sei. Er konnte es nicht mehr ertragen und hat sich selbst getötet. Das gilt in Nord-Korea nicht als vorbildlich, und so kamen meine Mutter und mein Bruder ins Gefängnis. Ich kam in ein Lager für politische Gefangene und habe dort als Wächter gearbeitet. Ich erlebte dieses ganze Elend und beschloß, Nord-Korea zu verlassen. 1994 bin ich mit zwei politischen Gefangenen aus dem Lager 22

geflohen. Wir versuchten, nach China zu kommen. Ich habe es geschafft, die beiden anderen leider nicht.

**stacheldraht:** Wie sind Sie in der südkoreanischen Gesellschaft aufgenommen worden?

**Ahn:** Nachdem ich geflohen war, wollte mich das nordkoreanische Regime natürlich unbedingt wieder in Haft nehmen. Das wußte die südkoreanische Regierung und hat mir deshalb geholfen. Dafür bin ich sehr dankbar, sie war mein Lebensretter. Als ich in Süd-Korea ankam, hatte ich keinerlei Informationen, wie diese Gesellschaft funktioniert. Es war alles sehr verwirrend. Ich habe ungefähr drei Jahre gebraucht, um es zu verstehen. Aber die Menschen dort waren freundlich, sie haben mich nicht abgelehnt.

**Rim:** Als ich in Süd-Korea angekommen war, habe ich etwas entdeckt, was ich aus Nord-Korea gar nicht kannte – die Religion. So habe ich meinen Weg gefunden. Ich habe eine nordkoreanische Frau kennengelernt, die auch aus der Heimat geflohen war, und wir haben geheiratet. Ich konnte dann als Schriftsteller arbeiten und bin damit sehr zufrieden.

**stacheldraht:** Herr Ahn, haben Sie viel Mut gebraucht, um in Süd-Korea das erste Mal davon zu erzählen, daß Sie in einem Lager auch Wächter waren?

**Ahn:** Ich war ja ein Täter. Als Wärter mußte ich auf die aufpassen, denen es noch elender ging. Da gab es strenge Regeln, wie man sich verhalten sollte. Somit hatte ich natürlich besondere Angst, weil ich ein Täter war. Vor allem hatte ich anfangs große Angst, darüber zu sprechen, weil ich nicht wußte, ob in Süd-Korea vielleicht eine besondere Strafe auf mich zukommt. Das war allerdings nicht der Fall, im Gegenteil, mit dem Thema wurde sehr sensibel umgegangen. Vielleicht war es Sünde, was ich damals getan habe, aber ich habe dann erkannt, daß dieses Gefangenenlager zu den höchsten Geheimnissen der nordkoreanischen Regierung gehört, über die zu reden streng verboten ist. Es war aber wichtig, das öffentlich zu machen. Und da habe ich peu à peu Mut gefaßt, meine Erlebnisse offen darzustellen. So konnte ich dann darüber reden.

**stacheldraht:** Herr Rim, Sie beide sind unterwegs, um über die Verhältnisse in Nord-Korea aufzuklären. Unterhalten Sie sich auf den Reisen mit Herrn Ahn auch über diesen Teil seiner Biographie?

**Rim:** Ja, darüber sprechen wir auch.

**stacheldraht:** Haben Sie Hoffnung auf eine baldige Wiedervereinigung Koreas?

**Rim:** Diese Hoffnung habe ich wirklich. Schon, weil ich weiß, welche Not in Nord-Korea herrscht, muß die Wiedervereinigung kommen. Die nordkoreanischen Bürger leben praktisch nur für eine Person. Im Süden habe ich gesehen, daß sie dort nicht für eine Person, sondern für Demokratie und Freiheit leben. Das sollte die Form sein, in der sich beide Teile vereinigen, auch wenn es in Süd-Korea natürlich ebenfalls Probleme gibt.

**Ahn:** Ich bin absolut für eine Wiedervereinigung. Und ich will die Hoffnung darauf nicht aufgeben, weil es auf die Dauer einfach nicht hinnehmbar ist, daß die Menschen in Nord-Korea nur für diese eine Person leben. Hinzu kommt die vielfache familiäre Trennung. Zur Zeit leben über 10 000 Menschen getrennt. Wir haben eine gemeinsame Geschichte, wir sind ein Volk, deshalb ist die Wiedervereinigung der einzige Weg.

**stacheldraht:** Die nordkoreanische Bevölkerung lebt und leidet seit vielen Jahren unter einer besonders extremen Diktatur, die natürlich prägt. Wie kann da eine Wiedervereinigung zustande kommen?

**Rim:** Eigentlich ist das gar nicht so schwer. Man muß darauf hinwirken, daß die Menschen beginnen, anders zu denken. Sie leben in Nord-Korea praktisch wie Tiere. Wenn man ihnen zu essen gibt, essen sie. Wenn sie arbeiten müssen, arbeiten sie. Könnten sie andere gesellschaftliche Formen kennenlernen und vergleichen, würden sie ihre Gedanken auch nicht mehr nur auf diese einzige regierende Person richten. Das zu erreichen, ist die Aufgabe der ehemaligen nordkoreanischen Bürger in aller Welt. Daran müssen wir aber noch arbeiten. Ich wünsche mir, daß die Bürger in Süd-Korea das genauso erkennen und



Ahn Myeong-chul.

stärker mithelfen, viele Informationen an die Menschen in Nord-Korea weiterzuleiten. Wenn wir das gemeinsam machen, finden wir auch einen Weg.

**Ahn:** Für mich ist besonders die internationale Ebene auf dem Weg zur Wiedervereinigung wichtig. Das nordkoreanische Regime verletzt extrem die Menschenrechte, und dafür sollte es auch im internationalen Rahmen betrafft werden. Die nordkoreanischen Bürger wissen gar nicht, daß es die Menschenrechte verletzt, wie sie ihr eigenes Leben führen müssen. Diese Gedanken muß man in ihnen wecken.

Sie müssen selbst erkennen, daß es so nicht weitergehen kann. Deshalb sind Informationen von außen so wichtig. Besonders schwer sind die Menschenrechtsverletzungen natürlich in den Gefangenenlagern, in diesem GULag. Wir sollten alle Aufmerksamkeit darauf lenken, um das zu stoppen. In Süd-Korea ist mir aufgefallen, daß die jungen Menschen sich weniger mit Gedanken an die Wiedervereinigung beschäftigen. Sie müssen mehr über diese Notwendigkeit aufgeklärt und motiviert werden, sich für eine Wiedervereinigung einzusetzen.

**stacheldraht:** Vielen Dank für das Gespräch.

## Erneutes Treffen getrennter Familien

Nach den verschiedenen, von Pjöngjang verursachten Zwischenfällen am 38. Breitengrad setzten die Streitkräfte Seouls an der Grenze riesengroße Lautsprecher ein, deren etliche Kilometer hörbare Propaganda offenbar die nordkoreanischen Truppen stark demoralisierte. Ende August jedenfalls ließ Kim Jong-un plötzlich Interesse an Gesprächen mit dem Süden erkennen, diese würden „einen bedeutenden Wendepunkt“ in den gegenseitigen Beziehungen darstellen. Als Vorleistung verlangte Seoul die Wiederaufnahme der Begegnungen zwischen den seit Ende des Bürgerkrieges 1953 in Süd- und Nord-Korea getrennt lebenden Familien.

Dies betraf schätzungsweise zehn Millionen Menschen. Die berühmte „Gemeinsame Erklärung“ der beiden Regierungen vor Jahren versprach die Zusammenführung dieser Koreaner, doch bald sprach der Norden lediglich von „Besucheraustausch“. Im Süden wurden dazu 1988 insgesamt 129 598 betroffene Personen registriert, von denen Ende 2013 ledig-

lich noch 71 480 lebten. Seit den ersten Treffen im Jahr 2000 gab es 19 solcher Begegnungen, an denen 18 700 Südkoreaner und 2000 Nord-Koreaner teilnahmen. Fast alle sind inzwischen über 80 Jahre alt. Vor zwei Jahren indes sagte Pjöngjang diese Treffen ohne Angaben von Gründen ab.

Natürlich sind die vielen Geschenke der Verwandten aus dem Süden für ihre Angehörigen nördlich des 38. Breitengrads für die Diktatur gefährlich, widerlegen sie doch die dortige Propaganda vom „armen Süden“. Zweifellos, um Fluchtversuche ihrer Untertanen zu vermeiden, finden die Begegnungen stets am Berg Geumgang in Nord-Korea statt, und ebenso fällt auf, daß das Kontingent der zugelassenen Männer und Frauen aus der „Demokratischen Volksrepublik Korea“ immer eng bemessen ist. Für die Kosten kommt ausschließlich Seoul auf, das mit diesen Treffen der weiteren Entfremdung der Menschen im geteilten Land entgegenwirken will.

Nach vorangegangenen Gesprächen auf sehr hoher Ebene kam es am 7. September im Grenzort Panmunjom zu einer vertraulichen Vereinbarung. Pjöngjang wünscht dabei erneute Wirtschaftshilfe angesichts des Rückgangs seiner Ernte um fast ein Drittel und fordert, wie zu erfahren war, die sofortige Einstellung jener Lautsprecherpropaganda sowie des Versands von regimekritischen Flugblättern. Letzteres haben die Vertreter Seouls abgelehnt mit dem Hinweis, diese stammten von Privat-Organisationen, und ein Verbot widerspreche der Meinungsfreiheit. Jedenfalls wird es vom 20. bis 26. Oktober zu einem erneuten Treffen von getrennten Familien kommen. Zugelassen hat Pjöngjang lediglich 200 Nord-Koreaner und 250 Besucher aus dem Süden.

Faktisch bedeutet dies, daß die meisten der betroffenen Koreaner ihre Angehörigen im anderen Landesteil nie mehr im Leben wiedersehen werden.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

## B-Waffen-Experte geflohen

Wie erst jetzt aus westlichen Sicherheitskreisen bekannt wurde, ist unlängst ein 47 Jahre alter Experte für biochemische Waffen unter Mitnahme wichtiger Unterlagen aus Nord-Korea geflohen. Er arbeitete an einem entsprechenden Forschungszentrum in Kanggye in der nördlichen Grenzprovinz Jagang. Man darf mit großer Sicherheit unterstellen, daß er sich inzwischen in den Vereinigten Staaten befindet und die dortigen

Militärstellen über Einzelheiten und den Stand sowie die Pläne bezüglich dieser äußerst gefährlichen Waffen informieren wird. Zeitgleich gelang zwei Angehörigen des nordkoreanischen Geheimdienstes die Flucht.

Die „Säuberungen“ des nordkoreanischen Diktators Kim Jong-un in den Führungsschichten Pjöngjangs dauern an. Wie die dortige Presseagentur

KCNA meldete, wurden aus den Reihen der Zentralen Militär-Kommission (dem eigentlichen Machtzentrum der „Volksdemokratischen Republik Korea“) einige Mitglieder ausgestoßen. Wie bei solchen Aktionen üblich, wurden weder Namen noch Anzahl und auch nicht die Motive genannt. Über ihr weiteres Schicksal kann man nur Vermutungen anstellen...

F.-W. Schlomann

# Mathe für Menne

Von Ulrich Haase

Im Juni 1950 war ich aus Schwerin nach einem Dreivierteljahr Untersuchungshaft mit anschließendem SMT-Urteil nach Bautzen gekommen. Dort lag ich für anderthalb Jahre im Westflügel auf einer Viermannzelle zusammen mit Willy und Arnold, beide Mitte zwanzig, und Menne (so nannten wir Hermann), zweiundzwanzig wie ich. Wir kamen gut miteinander aus, ein Glücksfall in einer so langen Zwangsgemeinschaft auf acht Quadratmetern. Nur wenige Häftlinge schafften es damals in die wenigen, besser gepflegten Arbeitskommandos, wir anderen dagegen saßen, eingepfercht in Zellen oder Sälen, untätig und nur mit uns selbst beschäftigt und der unendlich langsam dahinkriechenden Zeit. Wir kannten das schon, es gehörte zur Strategie der Vernehmer in der russischen U-Haft: Der Häftling sollte sich nicht anderweitig beschäftigen, sondern über sein „Verbrechen“ nachdenken und möglichst noch weitere Einzelheiten und Namen preisgeben.

Jetzt aber, als Verurteilte und in der „Fürsorge“ der Volkspolizei, gingen besonders wir Jüngeren davon aus, daß wir unsere fünfundzwanzig Jahre nie und nimmer ganz absitzen würden. Nein, wir sahen in der Haftzeit nur eine Verzögerung des Lebensweges. So versuchten wir, die Zeit nicht nur zu verdösen, sondern wie eine Zwangsklausur für später zu nutzen. Das geschah vor allem in den großen Sälen, aber nicht nur dort.

So berichtete in unserer Zelle jeder über seinen Beruf oder interessante Erlebnisse draußen, und die anderen erweiterten dadurch ihren geistigen Horizont, alles ausschließlich durch reine Gedächtnisarbeit. Von Arnold, dem angehenden Kaufmann, lernten wir Prinzipien der Buchführung, vor allem aber bereicherte er unseren englischen Wortschatz aus seiner Zeit als Dolmetscher bei den Amerikanern. Willy hatte während seiner dreijährigen Gefangenschaft in Kanada auf dem Lande gearbeitet und sich mit seinem Farmer nicht

nur auf englisch verständigt, sondern sich auch ebenso gut mit ihm verstanden. Ich selbst konnte bei den beiden Praktikern mein Schulenglisch aktualisieren, und Menne, der nur die Volksschule besucht hatte, absolvierte einen Intensivkurs in dieser Sprache. Über Monate legten wir jede Woche einen englischen Tag ein, an dem kein deutsches Wort fiel. Willy und ich tauschten uns über Musik aus. Er war vier Jahre in Ribnitz bei der Stadtkapelle als Trompeter in die Lehre gegangen, und so konnte ich von ihm Genaueres über Naturtöne, Doppelzunge und andere Blastechniken erfahren. Andererseits erklärte ich ihm Grundlagen der Harmonielehre, auch dies ohne Hilfsmittel.

War das schon etwas Sinnvolles während der erzwungenen Untätigkeit, so lernte Menne ernsthaft „fürs Leben“. Früher war er als Matrose auf einem Fischkutter gefahren, wollte aber später doch Ingenieur werden. Dabei konnte ich ihm mit Mathematik etwas helfen, nur war das ohne Schreibmöglichkeiten nicht so einfach. Aber es ließ sich Abhilfe schaffen. Wir bekamen von Zeit zu Zeit kleine Stückchen Seife. Die lösten wir in Wasser auf und schmierten die Pampe auf die Unterseite unserer Eßschüssel. Sobald sie trocken war, konnte man in die weiße Fläche Zahlen und Buchstaben kratzen. Aber mit der Seife konnte man auch unmittelbar schreiben, nämlich auf Glas, z.B. in jener „Mathe-Stunde“ mit Menne.

Es handelte sich um Gleichungen mit einer Unbekannten, ich weiß es noch wie heute. Wir standen am vergitterten und außen verblendeten Fenster, ich schrieb mit dem Seifenstück die Aufgabe an die innere Scheibe. In unserem Eifer bemerkten wir nicht, daß es klickte und uns jemand durch den Spion beobachtete. Ratsch-ratsch rasselte der Schlüssel, und der Wachtmeister stand in der Zelle und brüllte. Mich hatte er schreiben gesehen, also war ich dran. Er verschwand und kam nach einiger Zeit zurück: „Strafgefangener Haase, mitkommen!“ Ich mußte mit ihm die Eisentreppe hinauf zur fünften Etage und dort vor eine unauffällige Zellentür. Er öffnete sie und – dahinter befand sich keine Zelle, sondern der Stehkarzer, wie eine leere Besenkammer, etwa eine Schuhlänge tief. Da hinein schob er mich, das Gesicht zur Tür, und drückte sie zu. Ich konnte mich nicht rühren, fürchtete zu ersticken.



Foto: N. Radlitz  
Nachbau einer Zelle für vier Häftlinge in der Gedenkstätte Bautzen.

Wie lange ich da drinnen im Finstern bleiben würde, wußte ich nicht. So begann ich meine seit der U-Haft erprobte zeitfressende Gedächtnisgymnastik und memorierte meinen Vorrat an Gedichten, die ich schon von draußen her kannte. Das waren etwa zweihundert, und sie halfen mir auch in dieser Situation. In mir baute sich ein Hochgefühl auf, eine grenzenlose Überlegenheit gegenüber diesem geistlosen, gehässigen Wachtmeister, der mich hier eingeschlossen hatte.

Nach einigen Stunden ließ er mich wieder heraus. Ich mußte befürchten, verlegt zu werden, vielleicht sogar in Einzelhaft. Aber zum Glück ging es wieder hinab nach West II zu meinen drei bewährten Zellengenossen. Die hatten bange gewartet, sie wußten ja nicht, was man mit mir gemacht hatte und ob ich überhaupt zurückkäme. Doch nun waren auch sie froh. In Bautzen bedeutete ja jede Verlegung immer ein großes Risiko, denn man konnte nie wissen, mit wem man dann die Enge der Zelle teilen mußte, schlimmstenfalls mit einem „Zinker“. Nun aber konnten die Mathe-Stunden mit Menne weitergehen, allerdings mit größerer Vorsicht und den Spion im Blick. Zudem schrieben wir jetzt wieder auf dem geweißten Schüsselboden.

Jahre später, nach unserer Entlassung, traf ich Menne als Feuerwehrmann wieder, frisch verheiratet mit einer Hoheneckerin. Am selben Tag amnestiert, hatten sie sich auf der Heimfahrt im Zug kennengelernt. Vielleicht war dies die späte Lösung der Gleichung mit einer Unbekannten...

## Bürgerkomitee Leipzig e.V.

Jeweils sonnabends, am 7., 14., 21. und 28. November, sowie am 5., 12. und 19. Dezember, 14.00 Uhr: Stadtrundgang „Auf den Spuren der Friedlichen Revolution“, Treffpunkt Leipzig, Hauptportal Nikolaikirche

## UOKG-Vorstand neu gewählt

(st) Bei der Mitgliederversammlung des UOKG-Verbandstreffens in Berlin wurde am 17. Oktober 2015 ein neuer Vorstand der UOKG gewählt.

### Vorsitzender

Dieter Dombrowski

### Erster Stellvertretender

Vorsitzender – Roland Lange

### Zweiter Stellvertretender

Vorsitzender – Ernst-Otto Schönemann


**Beisitzer** – Anita Goßler, Klaus Gronau, Sybille Krägel, Carla Ottmann

Neu dabei sind Dieter Dombrowski und Carla Ottmann. Dieter Dombrowski, 1951 in Ost-Berlin geboren, wurde bereits in den 1960er Jahren mehrfach aus politischen Gründen festgenommen. 1974 wurde er wegen Republikflucht und

staatsfeindlicher Verbindungsaufnahme zu vier Jahren Gefängnis verurteilt, Ende 1975 freigekauft. Er ist CDU-Landtagsabgeordneter und Vize-Landtagspräsident in Brandenburg, außerdem Mitbegründer und Vorstandsvorsitzender des Menschenrechtszentrums Cottbus e.V.

Carla Ottmann, geboren 1946 in Ost-Berlin, wurde 1971 aus politischen Gründen exmatrikuliert und sollte sich „in der Produktion bewähren“. 1978 wurde sie wegen Fluchthilfe, staatsfeindlicher Verbindungsaufnahme und Ausreisetrugstellung verhaftet und zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt. Nach 19 Monaten fiel sie unter die Amnestie und wurde so aus dem Frauengefängnis Hoheneck wieder in die DDR entlassen. 1981 konnte sie

nach West-Berlin ausreisen. Seit 2007 ist sie Vorsitzende des Vereins zur Förderung der Projektwerkstatt „Lindenstraße 54“ in der Potsdamer Gedenkstätte.

Auch die Schlichtungskommission wurde neu gewählt. Neben der Vorsitzenden Sibylle Dreher gehören ihr Florian Kresse und Michael M. Schulz an. 



Der neue UOKG-Vorstand: (hintere Reihe v.l.) Ernst-Otto Schönemann, Dieter Dombrowski, Roland Lange, (vordere Reihe v.l.) Klaus Gronau, Anita Goßler, Sybille Krägel, Carla Ottmann.

## Ein kaum bekannter Gedenktag

(st) Zu einer Veranstaltung anlässlich des Europäischen Tages des Gedenkens an die Opfer von Stalinismus und Nationalsozialismus am 23. August hatten das Osteuropazentrum Berlin und die UOKG am 31. August 2015 ins Berliner Rathaus eingeladen. Detlef W. Stein vom OEZ Berlin begrüßte die Teilnehmer, mahnte, die Opfer und Folgen beider Diktaturen nicht zu vergessen, und forderte zu einer Schweigeminute auf. Hella Dunger-Löper, Berliner Staatssekretärin für Europafragen, bedauerte in ihrem kurzen Referat, daß dieser Gedenktag in Deutschland noch so wenig bekannt sei. In Ost- und Südosteuropa werde er hingegen sehr wohl begangen. Sie verstehe allerdings auch kritische Fragen, z.B., ob gemeinsames Gedenken nicht die NS-Diktatur und die Shoa relativiere. Die Entschließung des europäischen Parlaments beziehe eine klare Stellung: der einzigartige Charakter des Holocausts werde darin anerkannt. Sie sei zuversichtlich, daß durch Veranstaltungen wie diese sich auch in Deutschland und Westeuropa der Gedenktag durchsetzen werde. Ernst-Otto Schönemann als Vertreter der UOKG resümierte in seinem Grußwort, das schlimmste an diesem 23. August 1939 sei gewesen, daß sich „die beiden schrecklichsten Diktatoren zusammen-

taten, und das, was dann kam, noch schlimmer werden ließen“.

Das Hauptreferat dieses Abends hielt der Historiker Dr. Richard Buchner. Für den Gedenktag sei der 23. August gewählt worden, weil an diesem Tag 1939 der Hitler-Stalin-Pakt geschlossen wurde. Der stalinistische Terror habe spätestens mit der ukrainischen Hungerkatastrophe 1929 bis 1933, die bewußt herbeigeführt wurde, begonnen. 1937 seien 80% der Generäle und Offiziere der sowjetischen Armee von Stalin umgebracht worden. Inzwischen sei bekannt, daß die Bezeichnung „Nichtangriffspakt“, die sich bis heute halte, auf den persönlichen Wunsch Stalins zurückgehe, obwohl es sich um einen Aggressionspakt handelte. Buchner stellte die These auf, daß es vier Hitler-Stalin-Pakte gebe: 1. den öffentlichen, 2. das geheime Zusatzprotokoll – daraufhin wurde Polen von Hitler am 1. September und von Stalin am 17. September angegriffen, 3. den Rüstungspakt vom 11. Februar 1940 und 4. den großen Rüstungsvertrag zwischen den beiden Staaten Anfang 1941. So seien die deutschen Militärfahrzeuge mit russischem Öl in die Sowjetunion eingefallen. Ab 1941 sei die Sowjetunion zum Kriegsoffer geworden, mit einer Opferzahl von 27 Millionen. In einem Teil Deutschlands wäre das Kriegs-

ende dann der Beginn einer neuen Diktatur gewesen.

Im anschließenden Podium berichteten Zeitzeugen und Vertreter verschiedener Opfergruppen. Saskia von Brockdorff, deren Mutter wegen Zugehörigkeit zur Roten Kapelle hingerichtet wurde, erzählte lebhaft und differenziert von der damaligen Zeit. Sie erklärte, daß – entgegen der Legende – die Rote Kapelle keine Organisation gewesen sei, sondern eher ein Netzwerk von durchaus unterschiedlichen Freunden, und bestätigte, daß Harro Schulze-Boysen die sowjetische Botschaft vor einem Angriff Hitlers auf die Sowjetunion gewarnt habe, Stalin diese Möglichkeit aber abwehrte. Anita Goßler beschrieb, wie sie 1953 in der DDR verhaftet und zu insgesamt fünf Jahren, u.a. wegen Verbreitung tendenziöser Gerüchte zum Sturz der DDR, verurteilt wurde. Sie bekam während der Haft ein Kind, das man ihr nach drei Monaten wegnahm. Sibylle Dreher vom Frauenverband des BdV legte die schwierige und oft hoffnungslose Lage vor allem weiblicher Vertriebener heute dar. Sie betonte, daß es nicht so sehr um Opferzahlen, als vielmehr um das Leiden jedes einzelnen gehen müsse. Dr. Christian Fuchs, Präsident des internationalen Dachverbands der Opfer des Kommunismus Inter-Asso, beschrieb Struktur und Aktivitäten seiner Organisation, wobei er anmerkte, daß Deutschland durchaus nicht immer Spitzenreiter bei der Aufarbeitung sei. 

# Verdrängter Terror

UOKG-Kongreß über sowjetische Spezial- und Internierungslager in Deutschland  
70 Jahre danach – am 10. Oktober 2015 in Berlin

(st) Nachdem Ernst-Otto Schönemann für die UOKG im gut gefüllten Saal die mehr als 70 Anwesenden begrüßt und ein Grußwort des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Michael Müller, verlesen hatte, sprach der Historiker Andreas Weigelt über Lagerwirklichkeit und Lebensbedingungen im sowjetischen Speziallager Jamlitz. In dem von 1945 bis 1947 betriebenen Lager wurden insgesamt 10 200 deutsche Zivilisten gefangen gehalten. Hinter drei Meter hohen Zäunen starben innerhalb von 20 Monaten 3400 von ihnen, jeder dritte davon verhungerte. Isolierung ohne Arbeit sei der Hauptzweck der Internierung gewesen. Zur Lagerwirklichkeit gehörte, daß

Unbelastete – bei den Häftlingen kaum vorhanden gewesen. Diese Deutung habe offenbar bereits in den Lagern angefangen. Die in die DDR Entlassenen dagegen hätten häufig den Eindruck gehabt, nicht wirklich entlassen worden zu sein.

Zeitzeugenberichte, einfühlsam moderiert von Helmuth Frauendorfer von der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, prägten das erste Podium. Gerhard Taege war im Januar 1946 von einem Sowjetischen Militärtribunal verurteilt worden und kam deshalb im Speziallager Sachsenhausen nicht zu den Internierten in der Zone 1, sondern in die abgeteilte Zone 2.

Eberhard Hoffmann wurde mit 17 Jahren unter sogenanntem Werwolfverdacht verhaftet, verhört und schließlich ins Speziallager Mühlberg gebracht, später nach Buchenwald. Interessant seine Beurteilung der Unterschiede beider Lager: während die hygienischen Verhältnisse in Mühlberg katastrophal waren und in Buchenwald etwas besser, gab es innerhalb des Lagers Buchenwald bis auf kurze schmale Wege keine Bewegungsfreiheit mehr. Sybille Krägel, deren Vater im oberschlesischen Tost nach kurzer Internierungszeit starb, erzählte sehr anschaulich von der schweren Lage der betroffenen Angehörigen und von ihrer erfolgreichen Initiative, gleich

die der Haftraum entsprechend knapper wurde, so daß man sie in die Speziallager verlegte. An diesem Punkt habe die Repression eingesetzt. Die Verurteilten hätten zur Kategorie „gefährlich“ gehört, weshalb bei der Entlassungswelle 1948 auch kaum welche von ihnen freikamen.

Psychische und physische Folgen der Internierung in sowjetischen Speziallagern hatte die Psychotherapeutin Dr. Ricarda Lukas nach 1990 auf dem Gebiet der ehemaligen DDR erforscht. Wegen des verordneten Schweigens in der DDR seien die Traumata nicht bearbeitet worden. Neben verschiedenen körperlichen Langzeitfolgen litten 90% unter posttraumatischen Belastungsstörungen, 40% unter Depressionen, 25% unter Persönlichkeitsstörungen und 15% unter Angstsymptomen. Ein weiterer Schwerpunkt ihrer Arbeit war die Haftbewältigung. Positiv ausgewirkt hätten sich Aktivität, Arbeit, soziale Kontakte, Solidarität, Hoffnung und Kreativität. Negative Faktoren seien Passivität, Kontaktvermeidung, Resignation, dauerhafte Angst und Streitsuche gewesen. Am wenigsten geschädigt seien Menschen mit ausgeprägten sozialen Kontakten. Lukas sprach sich dezidiert für eine Beweislastumkehr bei der Anerkennung haftbedingter Gesundheitsschäden aus.

Das zweite Podium, moderiert von Rainer Potratz, LAKD Potsdam, diskutierte über die Zukunft der Lagergemeinschaften und Initiativgruppen. Alle Teilnehmer waren nicht selbst betroffen, hatten inzwischen aber die Leitung von Lagergemeinschaften übernommen. Matthias Taatz von der Initiativgruppe Lager Mühlberg konstatierte, daß sich die Generationen inzwischen stark mischten, stellte sich aber die Frage, ob die Enkel auch noch kommen würden, wenn die Großeltern eines Tages gestorben seien. Eckhard Fichtmüller von der Initiativgruppe Internierungslager Ketschendorf hielt dagegen und vermutete, daß dies oft den Anstoß gäbe, noch einmal in der Familiengeschichte genauer nachzusehen. Dr. Rita Lüdtko von der Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen beschrieb, wie vor ca. 15 Jahren die Zahl der Mitglieder rapide sank, weil die ehemaligen Häftlinge starben, inzwischen aber durch Angehörige auf etwa 800 stieg. Sie betonte, daß vor allem die kontinuierliche Arbeit mit Schulen wichtig sei.



Im Podium (v.r.) Sybille Krägel, Gerhard Taege, Helmuth Frauendorfer.

jeweils zu zehnt auf die Latrine gegangen werden mußte, daß es eine Häftlingshierarchie mit internem Strafrecht gab, daß nach der Halbierung der Rationen ca. 30% schwer an Dystrophie erkrankten, aber auch, daß manche Jamlitzer Bürger heimlich halfen, Kontakte zu Angehörigen außerhalb des Lagers herzustellen.

Die Historikerin Dr. Eva Ochs beschäftigte sich anschließend mit der lebensgeschichtlichen Verarbeitung des Aufenthalts in den Speziallagern, vor allem in Westdeutschland. Das Gefühl der Aufnahme in die Gesellschaft habe vorgeherrscht bis zum Beginn der 68er Bewegung, danach habe sich das Bild der ehemaligen Häftlinge mehr und mehr zu „Ewiggestrigen“ verschoben. Ihres Erachtens sei die Wahrnehmung der Unterschiede zwischen den Haftgründen – belastete Funktionsträger oder

nach 1990 die Geschichte des Lagers Tost aufzuarbeiten – und das mit privaten Mitteln, weil das Lager nach seiner Schließung zu polnischem Gebiet gehörte.

Über „Das System der Speziallager als Mittel sowjetischer Repression“ referierte der Historiker Dr. Jörg Morré, Direktor des Deutsch-Russischen Museums Berlin-Karlshorst. Mit seinem ersten Satz differenzierte er: Ja, sie seien Mittel der Repression gewesen, doch nicht sofort. Systematisch und gut verständlich gab er einen Überblick über die verschiedenen Aufgaben der sowjetischen Lager in Deutschland in der Endphase des Krieges und danach. Zunächst sei es um die „Sicherung des Hinterlandes“ und Entnazifizierung gegangen. Im Laufe des Jahres 1946 aber wurden immer weniger interniert und immer mehr von Sowjetischen Militärtribunalen verurteilt, für

## Treffen der Überlebenden

Am 26. September 2015 trafen sich die noch lebenden Häftlinge des ehemaligen Speziallagers Nr. 9 und auch einige Angehörige von ehemaligen Häftlingen zum traditionellen Kameradschaftstreffen im Kino Latücht in Neubrandenburg.

Die Veranstaltung wurde von fünf Schülern der Neubrandenburger Musikschule mit einem kleinen Kulturprogramm eröffnet. Nach der Begrüßung und Eröffnung durch mich als Leiterin der Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen wurden die über 60 Teilnehmer ganz herzlich vom stellvertretenden Oberbürgermeister der Stadt Neubrandenburg begrüßt. In seiner kurzen, aber inhaltsreichen Rede sprach er der Arbeitsgemeinschaft den Dank der Stadt Neubrandenburg für die jahrelange und intensive Aufarbeitung aus. Besonders hervorgehoben wurden die diesjährigen Aktivitäten der Arbeitsgemeinschaft zur gemeinsamen Veranstaltung der Stadt und der AG Fünfeichen aus Anlaß des 70. Jahrestages des Kriegsendes, der Schließung des Kriegsgefangenenlagers und der Eröffnung des Speziallagers. Nur mit und durch die Arbeitsgemeinschaft war und ist es möglich, den Grundsatz der Mahn- und Gedenkstätte Fünfeichen umzusetzen, an diesem traurigen Ort verschiedener Geschichtsepochen und aller hier verstorbenen Opfer gleichermaßen zu gedenken.

Auch der Grundsatz bei der Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen: „Versöhnung und Vergebung, aber kein Vergessen“, wurde zur diesjährigen großen gemeinsamen Gedenkveranstaltung mit Leben erfüllt, indem alle noch lebenden ehemaligen Häftlinge, die an der Veranstaltung teilnahmen, als erste auf die neu übergebenen Namenstafeln der verstorbenen Kriegsgefangenen, darunter ca. 5100 sowjetische Soldaten, Blumen legten. Zu den Höhepunkten dieses Ereignisses zählte die Teilnahme der Vertreter aus den verschiedenen ausländischen Botschaften, darunter der russischen Botschaft, am ökumenischen Gottesdienst und der Kranzniederlegung am Gräberfeld der Internierten.

Nach den Dankesworten und der Wertschätzung der Arbeit durch den stellvertretenden Oberbürgermeister der Stadt wurde mit Spannung und großer Erwartung der neue Film zum Kriegsgefangenen- und Speziallager Nr. 9 aufgenommen, den die Filmfirma „videomagic“ Staufenbiel GmbH präsentierte.

Nachdem die Teilnehmer zunächst einige Zeit brauchten, um die Bilder bei sich ankommen zu lassen, gab es viel Lob und Anerkennung für den Film mit vielen Fakten zum Kriegsgefangenen- und anschließenden Speziallager. Auch er wird mit einigen Detaildarstellungen ergänzt, bis zur nächsten Gedenkveranstaltung fertiggestellt und allen Mitgliedern zum Kauf zur Verfügung stehen.

Am Nachmittag trafen sich alle Teilnehmer in der Mahn- und Gedenkstätte Fünfeichen zur Kranzniederlegung am südlichen Gräberfeld und zur Einweihung von zwei neuen Bronze-Korrekturnamenstafeln. Diese doch sehr feierlich gestaltete Übergabe wurde von fünf Jugendlichen der Jungen Union vorbereitet und umgesetzt. Damit haben wieder 196 verstorbene Internierte ihren richtigen Namen erhalten. Die zum Teil fehlerhaften Namen hatten sich aus der russischen Schreibweise der Häftlingslisten und der Rückübersetzung ins Deutsche ergeben. Seit der Übergabe der Namenstafeln in der Mahn- und Gedenkstätte im Jahr 1999 gingen über 800 Anträge von Angehörigen zur Namenskorrektur bei der Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen ein. Im Jahr 2005 haben wir die ersten



Foto: AG Fünfeichen

Bei der Einweihung der korrigierten Namenstafeln.

knapp 300 gar nicht vorhandenen bzw. kaum identifizierbaren Namen korrigiert. Einige betroffene Angehörige waren bei der Übergabe der beiden Korrekturtafeln anwesend und sehr dankbar für diese Richtigstellung. Dank der guten Spendenbereitschaft unserer Mitglieder waren wir als Arbeitsgemeinschaft überhaupt erst in der Lage, diese Tafeln anfertigen zu lassen.

Rita Lüdtkke

## Veranstaltung

des BSV-Landesverbandes Berlin und des BSV-Fördervereins zu einem politisch-historischen Thema mit anschließender Gesprächsrunde in vorweihnachtlichem Rahmen.

**Dienstag, 15.12.2015, 14.00 Uhr**

Ort: Stasi-Museum, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin, Raum 710  
Um telefonische Voranmeldung wird gebeten: Tel. (030) 55 49 63 34

## Demo am 3. Oktober



Foto: Benjamin Baumgart

Die Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen und die UOKG hatten für den 3. Oktober 2015 zu einer Demonstration in Berlin aufgerufen. Viele Interessierte kamen am Rande der Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag der deutschen Einheit und informierten sich u.a. über das geplante zentrale Mahnmahl.

## DDR-Zwangsausgesiedelte fordern Opferrente

(st)Am 11. September 2015 haben Annette Sawade (SPD) und Günter Baumann (CDU/CSU) vom Petitionsausschuß des Bundestages eine Resolution mit Unterschriftenlisten zur „Entschädigung für alle Zwangsausgesiedelten“ entgegengenommen. Übergeben wurde sie von einer Gruppe DDR-Zwangsausgesiedelter, darunter Inge Bennewitz und Ernst-Otto Schönemann, gemeinsam mit dem UOKG-Vorstandsbeauftragten Dr. Christian Fuchs. 25 Jahre nach der Wiedervereinigung wartet diese Opfergruppe noch immer darauf, in den Kreis der Anspruchsberechtigten für eine Opferrente aufgenommen zu werden.



Christian Fuchs (r.), Annette Sawade (3.v.r.) und Günter Baumann (4.v.r.), daneben Inge Bennewitz.

Christian Fuchs äußerte gegenüber den beiden Bundestagsabgeordneten, es sei unbegreiflich, daß die Regierung der DDR noch in den letzten Monaten ein Rehabilitierungsgesetz in Kraft gesetzt habe, das auch Zwangsausgesiedelte berücksichtigte, diese Gruppe aber im Rahmen des Einigungsvertrages unter den Tisch gefallen sei. Gerade der Einigungsvertrag jedoch verpflichtete die Bundesregierung, allen politisch Verfolgten eine angemessene Entschädigung zu gewähren. Erst nachdem im Bundesministerium der Justiz Dokumente aus dem SED-Parteiarchiv vorlagen, wurde im März 1992 anerkannt, daß es sich bei den Zwangsausiedlungen um „exzeptionelle, individuelle politische Verfolgung“ gehandelt habe. Fuchs erwähnte auch die Dramatik, die mit der Zwangsausiedlung verbunden war, erkennbar daran, daß bei der Aktion 1961 so viel Personal bereitgestellt wurde, daß jeder Erwachsene einen Bewacher bekam, der darauf zu achten hatte, daß niemand Selbstmord begeht – eine Lehre aus der Aktion von 1952.

Die Resolution geht u.a. auch auf die gesundheitlichen Schäden der Zwangsaus-

gesiedelten ein. So heißt es dort: „Viele Zwangsausgesiedelte leiden bis zum heutigen Tage schwer am Trauma ihrer sinnlosen Vertreibung. Ähnlich häufig wie Haftopfer erkrankten etwa 61% von ihnen psychisch. Besonders günstig für die Überwindung eines Traumas eines politisch Verfolgten ist es, wenn er sich die Maßnahme erklären kann (bei der Ausweisung von 3% der Grenzbevölkerung ist dies kaum möglich) und wenn seine politische Verfolgung von der Gesellschaft angemessen gewürdigt wird. Psychiater mahnen, eine angemessene Entschädigung sei nicht nur wichtig für den einzelnen, sondern auch für unsere Gesellschaft insgesamt und für die Überwindung der Folgen der SED-Diktatur. [...] Wir fordern in Anbetracht des hohen Alters der wenigen noch lebenden Betroffenen schnellstmöglich eine Regelung zur Einbeziehung der Zwangsausgesiedelten in die Opferpension. Wir appellieren an den Deutschen Bundestag, sich bei der Prüfung der Petitionen der Zwangsausgesiedelten nicht von fiskalischen Gedanken leiten zu lassen, sondern sich der historischen Verantwortung zu stellen.“

## Gedenkveranstaltung zum 70. Jahrestag

des Weiterbetriebs des KZ Sachsenhausen als sowjetisches Speziallager –  
5. bis 7. September 2015

Die von Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen (GMS) gemeinsam mit uns vorbereiteten und durchgeführten Einzelveranstaltungen begannen am Sonnabend nachmittag mit moderiertem Zeitzeugengespräch zum Lagertheater und seiner Bedeutung für die internierten Häftlinge im Lagerdreieck, der Zone 1. Lukas Timm, Reinhard Wolff und Eva Schneider besaßen als Künstler im Lager Privilegien, von denen andere Häftlinge, insbesondere SMT-Verurteilte der (Todes-)Zone 2, nur träumten.

Anknüpfend daran zeigte die Tanzperformance von Johanne Timm eine weitere Ausnahmesituation des Lagerlebens – die Liebe ihrer Großeltern Dietlinde und Tilman Timm inmitten des alltäglichen Darbens im Speziallager Sachsenhausen. Die Resonanz des Publikums umfaßte (bei nachträglicher anonymer Befragung) die Bandbreite von begeisterter oder anerkennender Zustimmung bis zur strikten Ablehnung in Hinblick auf entstandene Kosten und zu milder Veranschaulichung des Lagerlebens.

Am Sonntag zwang das regnerische Wetter – wie im Vorjahr – zur Verlegung des Gedenkens vom ehemaligen Kommandantenhof in das Gebäude der ehemaligen Häftlingswäscherei. Hauptrednerin war die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, Prof. Dr. Dr. Sabine Kunst. Als letzter sprach der ehemalige Internierte Heinz-Joachim Schmidtchen. Bemerkenswert sein Satz, daß die Sowjets bei seinen näheren Kameraden und ihm keinerlei Umerziehungsbzw. Entnazifizierungsversuche unternahmen, obwohl doch

laut dem Sprecher der GMS meist Nazifunktionäre in Haft waren.

In die anschließende Predigt von Pfarrer Humburg von der St.-Nikolai-Gemeinde Oranienburg floß eigene Erkenntnis

ein: Erst seit kurzem weiß er, daß seine Tante in Sachsenhausen interniert war. Soverän gab Joachim Weigert, Kammermusiker und Mitglied der Deutschen Oper Berlin, mit der Trompete dem Gedenken einen würdigen Rahmen. In das zum Thema passende Lied Nr. 382, „Ich steh vor dir mit leeren Händen“, stimmten leider nur wenige Teilnehmer des Gottesdienstes ein.

Am Gedenkblock lagen Kränze und Gebinde unter anderem vom Berliner Regie-



Im Gespräch: (v.l.) Joachim Krüger, Sabine Kunst, Heinz-Joachim Schmidtchen, im Hintergrund Prof. Dr. Morsch.

renden Bürgermeister, dem Landrat des Kreises Oberhavel, vom Oranienburger Bürgermeister, dem CDU-Landesverband Brandenburg, der Fraktion Bü90/Grüne des Berliner Abgeordnetenhauses, der Brandenburger Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAKD), der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG). Nach den Regenschauern gingen viele Veranstaltungsteilnehmer von der ehemaligen Häftlingswäscherei zum ehemaligen Kommandantenhof und verharren dort im Gedenken.

Auf dem darauf folgenden Weg zum Neuen Museum, in dem die Leitung der GMS zu einem wohlschmeckenden Buffet einlud, gedachten etliche Teilnehmer am früheren Durchgang zwischen den Zonen 1 und 2 der Opfer stalinistischer Willkür im

Speziallager Nr. 7/Nr.1. Mit vielfältigen Kontaktaufnahmen und Gesprächen endete im Neuen Museum die kooperative Veranstaltung. Ein herzliches Dankeschön allen an der Vorbereitung und Durchführung Beteiligten.

Der folgende, nichtöffentliche Teil der Gedenkveranstaltung dauerte vom Sonntag nachmittag bis zum Montag nachmittag. Wir begannen die Mitgliederversammlung mit einem Gedenken an die in den letzten zwölf Monaten verstorbenen Ehrenmitglieder Karl Keßner und Winfried Krüger sowie an unsere Mitglieder Heinz-Günther Lorenz, Benno Prieß und Gottfried Wagner. Besonders Karl Keßner und Heinz Lorenz brachten die Gedenkarbeit unseres Vereins bedeutend voran. (Nachrufe stehen auf der Internetseite [www.lager-sachsenhausen.de](http://www.lager-sachsenhausen.de).) Wir begrüßten auch zwei neue Mitglieder unseres Vereins, Andreas Haack und Ingrid Krüger.

Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft, Joachim Krüger, berichtete über die Arbeit des Vorstands, Beirats und etlicher Mitglieder in den zurückliegenden zwei Jahren. Frau Hopp informierte über den Stand ihrer Bemühungen bei der Gedenkkultur in Tangermünde.

Am Montagvormittag führte eine Busfahrt durch die Berliner City – mit sachkundigen, kurzweiligen Erklärungen von Joachim Krüger – zum Berliner Abgeordnetenhaus, wo er das politische System des Landes Berlin darstellte und mit den Teilnehmern diskutierte.

Mit unserer nächsten Gedenkveranstaltung vom 11. bis 13. März 2016 wollen wir in Meiningen und Untermaßfeld öffentlichkeitswirksam agieren und erhoffen rege Beteiligung.

Reinhard Klaus

## Wie ich es sah

### Erlebnis einer Tanzperformance

Ein Raum in der Häftlingswäscherei im KZ Oranienburg, am Rande Stühle für die Zuschauer, Kissen für jüngere Anwesende direkt vor der Bühnenfläche, ein leerer Raum, ein breiter Vorhang als Projektionsfläche, ein Projektionsgerät, etwas seitlich: ein Schreibtisch, eine Lampe, Bücher, Hefte... Der Projektor zeigt eine kurze Filmsequenz: einer junge Frau wird von älteren Familienmitgliedern ein Doppelzopf geflochten, sie orientieren sich an einem Bild der Oma der jungen Frau. Mit dieser Haartracht sieht sie ihr verblüffend ähnlich, man fühlt, die junge Frau wird eins mit der Großmutter. Ein schwarz gekleideter Körper – unsere junge Tänzerin bewegt Gliedmaßen, Muskeln, Sehnen ohne sich wirklich zu entfalten, ohne in den Tanz, in ausgreifende Bewegung überzugehen. Etwas scheint sie zu begrenzen, einzuengen, ihr den Entfaltungsraum zu verweigern.

Längst ist klar, die junge Frau liebt den Tanz, will Tänzerin werden, ist es inzwischen, denkt aber an die Anfänge zurück: Sie mußte dabei körperlich leiden, sie war schon älter als zehn Jahre, alle Voraussetzungen für Figuren des klassischen Tanzes mußten sitzen, bisweilen eine Qual, aber ihr Wille setzte sich durch. Sie erfährt, daß ihre Großmutter ebenfalls Tänzerin war, in einer Passage zur Musik Tschairowskis erfühlt sie den Tanz der Großmutter, damals genauso jung, aber hinter Mauern, eingepfercht in einem Speziallager der so-

wjetischen Besatzer, die Passage bricht ab, ohne wirklich am Ende zu sein, die Großmutter wurde aus der Haft entlassen.

Das junge Mädchen stellt Fragen, sie vertieft sich in Bücher: Sie erfährt, daß die Großmutter BdM-Führerin in den Nazi-Jahren war. Sie wollte so gern Tänzerin werden, hatte dazu aber keine Möglichkeit. Der BdM bot ihr die Chance zum Tanzen. Das junge Mädchen forscht weiter. Sie liest Texte, die beweisen, daß es dem Regime nicht darum ging, jungen Mädchen einem Berufswunsch näherzubringen – dein Körper gehört nicht dir, er gehört dem ganzen Volk; du bist ein Teil dieses Volkes, gehst willenlos in ihm auf.

Sie fühlt, welch hohen Preis die Großmutter hatte zahlen müssen. Sie forscht weiter. Nach 1945 von den Sowjets willkürlich zu zehn Jahren Lagerhaft verurteilt, eingepfercht im ehemaligen, gerade wieder eröffneten KZ Oranienburg. Hunger, Isolation und Angst bestimmten den Alltag, brachen vielen das Selbstbewußtsein, schickten sie in den sicheren Tod, die Namen von 12000 Getöteten sprachen sie an. Die Großmutter hatte Glück. In ihrer Tanztruppe zur Unterhaltung der sowjetischen Wachsoldaten war die Essensration etwas größer. Im Orchestergraben saßen bei Musik- und Tanzaufführungen Männer, Gefangene, die ein Instrument spielen konnten. Augenkontakte ließen sie einen Partner finden, aber als sie das Lager verlassen konnte, war für ihren späteren Mann die Haft noch



Beifall für Tänzerin Johanne Timm (3. v.l.).

nicht beendet, sie ging weiter in einem Gefängnis der DDR.

Am Ende hat die junge Tänzerin sich ihren Weg erschlossen, den Weg zu ihrer Großmutter, und hat damit für sich ein Stück deutscher Geschichte erfahrbar gemacht. Das Resultat – nie wieder Inbesitznahme des Menschen durch eine staatliche Ideologie, nie wieder Willkür und Erniedrigung, Hunger, Folter und Tod. Aber auch: die praktizierte Kunst, egal ob Tanz, Malerei oder ein Gedicht, machen es ein kleines Stück leichter, dem Unmenschlichen die Stirn zu bieten, ja vielleicht sogar einer ausweglosen Situation zu entrinnen und zu überleben. Fazit: Diese Tanzperformance zeigte einen Weg auf, wie ein junger Mensch Zugang zum Schicksal einer längst verstorbenen Verwandten, zu den Etappen ihres Lebens und damit zu erlebter Geschichte in Deutschland finden kann. Es war ein gelungener Versuch.

Joachim Krüger (Der Autor ist Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945–50 e.V.)

## „Der Kalte Krieg. Ursachen – Geschichte – Folgen“

(bsa) So heißt die Ausstellung, die die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und das Berliner Kolleg Kalter Krieg ab März 2016 für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit zur Verfügung stellen. Mit ihren Texten, über 160 zeithistorischen Fotos und Dokumenten sowie QR-Codes, die zu Filmdokumenten im Internet verlinken, wird die Ausstellung zu einem Panorama des Kalten Krieges, der als globale Systemkonkurrenz die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts prägte.

Vor dem Hintergrund angespannter Ost-West-Beziehungen und der Debatte über eine Wiederkehr des Kalten Krieges blickt die Ausstellung auf die Jahrzehnte zwischen 1945 und 1991 – vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur Auflösung der Sowjetunion. Sie arbeitet die weltanschaulichen, politischen, militärischen und wirtschaftlichen Ursachen des Kalten Krieges in globaler Perspektive heraus. Und sie zeigt auf, daß dieser Konflikt die beteiligten Gesellschaften tief durchdrang und nachhaltig veränderte.

Die Dynamik des nuklearen Rüstungswettlaufs, die als entscheidend für den Ursprung und die Zuspitzung des Kalten Krieges angesehen wird, ist einer von drei Schwerpunkten. Ein weiterer Fokus ist auf die „heißen Kriege“ in der Dritten Welt gerichtet, die bis heute wirksame Traumata und ökonomische Entwicklungsdefizite verursachten. Schließlich widmet sich die Ausstellung zeitgenössischen diplomatischen und zivilgesellschaftlichen Initiativen, die den Kalten Krieg zumindest zeitweilig eindämmten.

Damit fordert die Ausstellung nicht nur zur historischen Rückschau auf. Sie bietet zugleich Anknüpfungspunkte, sich mit aktuellen internationalen Konflikten oder aber mit den Spätfolgen des Kalten Krieges in der sogenannten Dritten Welt zu befassen, mit denen Europa heute konfrontiert ist.

Die Ausstellungskapitel sind: Ein neuer Kalter Krieg? – Die Anfänge – Treibstoff

des Kalten Krieges – Werkzeuge der Apokalypse – Kräfteressen in Korea – Panik vor dem „Feind im Inneren“ – Suche nach dem „Dritten Weg“ – Eindämmen, befreien, abschotten – Protest und Widerstand – An der Schwelle zum Atomkrieg – Trauma Vietnam – Schlachtfeld Dritte Welt – Peking versus Moskau – Verdeckte Kriegsführung – Entspannungspolitik – Aufbruch zur Selbstbestimmung – Eine neue Eiszeit – Wege aus dem Teufelskreis – Das Ende der Geschichte? – Erbe des Kalten Krieges – Erinnerungsorte

Die Ausstellung umfaßt 22 DIN-A1-Plakate und kann bis zum 30. November 2015 zum Subskriptionspreis von 25,00€ bestellt werden. Ab 1. Dezember 2015 beträgt die Schutzgebühr 30,00€. Alle Preise verstehen sich inkl. Mehrwertsteuer und zuzüglich der Versandkosten. Geliefert wird ab 7. März 2016. Bestellungen von bis zu zehn Exemplaren erfolgen ausschließlich über folgendes Online-Formular: <http://goo.gl/forms/atWzUZtYV>

## UOKG-Ausstellung sucht dauerhaften Präsentationsort



Foto: Alexander W. Bauersfeld

Viel herumgekommen und manches bewirkt – die erste UOKG-Ausstellung „Mauern Gitter Stacheldraht“.

(thm) Seit Mitte der 1990er Jahre wurde die Tafelausstellung der UOKG „Mauern Gitter Stacheldraht“ an vielen Orten in Deutschland gezeigt, darunter auch in den Landtagen der Bundesländer sowie deren Vertretungen beim Bund in Berlin. In diesem Jahr wurde die Tafelausstellung nun durch eine neue Banner- und Plakatausstellung ersetzt, deren Präsentation an verschiedenen Ausstellungsorten in Deutschland durch die Bundesstiftung Aufarbeitung gefördert wird. Für die Tafelausstellung sucht die UOKG daher einen dauerhaften Präsentationsort. Die Ausstellung besteht aus insgesamt 38 Kunststoff-Dekotafeln,

einem Rundteil, zwei Vitrinen und einem Auflagenbord. Alle aneinander montierten Gestaltungsfelder ergeben eine Länge von insgesamt ca. 16 Metern. Die Ausstellung ist freistehend und hat eine Höhe von 2,10 Metern. Interessenten können sich bis zum 31.1.2016 um die Dauerleihgabe der Tafelausstellung der UOKG bewerben. Das Entleihen der Ausstellung ist kostenlos. Ansprechpartner ist die UOKG-Geschäftsstelle: Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e.V., Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 93 51, Fax (030) 55 77 93 40, E-Mail [info@uokg.de](mailto:info@uokg.de)

## Taschenkalender „Erinnerung als Auftrag 2016“ erschienen

Der neue Taschenkalender der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur für das Jahr 2016 ist erschienen. Der praktische Kalender ist zugleich eine Chronik des Jahres 1956, die Tag für Tag an die vielen großen und kleinen Ereignisse erinnert, die jenes europäische Schicksalsjahr prägten.

Der Kalender beschreibt, wie vor 60 Jahren die mit dem XX. Parteitag der KPdSU einsetzende Entstalinisierung nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch in den kommunistischen „Bruderstaaten“ zu einer tie-

fen politischen Krise führte. Während sich Walter Ulbricht in der DDR taktisch klug zum Kritiker Stalins wandelte und seine Macht behaupten konnte, kam es in Polen im Juni 1956 zu Aufstandsbewegungen gegen die kommunistischen Machthaber. In Ungarn erhoben sich im Oktober breite gesellschaftliche Kräfte in einem Volksaufstand gegen die Parteidiktatur und die sowjetische Besatzungsmacht. Doch die Aufstände wurden gewaltsam niedergeschlagen, und das politische Tauwetter im Ostblock fand ein jähes Ende.

Die ersten 50 Leserinnen und Leser des „Stacheldrahts“, die sich mit Nennung des Stichwortes „Stacheldraht“ unter der Telefonnummer (030) 31 98 95-0 bei der Bundesstiftung Aufarbeitung melden, bekommen den Taschenkalender kostenlos zugeschickt.

Weitere Exemplare des Taschenkalenders können gegen eine Schutzgebühr von 5 Euro bei der Bundesstiftung Aufarbeitung – Taschenkalender 2016 – Kronenstr. 5, 10117 Berlin bestellt werden.

Information der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

## Auszeichnungen

(st) Am 30. September 2015 wurde der Wegbereiter der Leipziger Montags-Demonstrationen, Pfarrer Dr. h.c. Christoph Wonneberger, mit dem Ludwig-Beck-Preis für Zivilcourage der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden ausgezeichnet.

Am 1. Oktober wurden Gabriele Beyler, Bettina Klein und Tobias Hollitzer für ihr großes Engagement bei der Aufarbeitung von DDR-Unrecht durch Bundespräsident Joachim Gauck mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt. Die Verleihung fand im Schloß Bellevue statt. Als Bürgerrechtler engagierte sich Tobias Hollitzer im Herbst 1989 aktiv für die Auflösung der Staatssicherheit. Er setzte sich für den Erhalt und die Öffnung der Stasi-Akten ein und begründete dazu im Dezember 1989 mit anderen das Leipziger Bürgerkomitee. Seit 2007 leitet er das Museum in der „Runden Ecke“. Als Vorsitzender des Stiftungsbeirates der Sächsischen Gedenkstättenstiftung bringt er sich seit Jahren intensiv und konstruktiv in die Gedenkstättenarbeit ein.

Gabriele Beyler und Bettina Klein haben sich um die Aufarbeitung der Geschichte des Geschlossenen Jugendwerkhofes Torgau verdient gemacht. Sie waren maßgeblich dafür verantwortlich, daß in Torgau eine Gedenkstätte entstand. Mit Hilfe von Fördergeldern und einem großen zivilgesellschaftlichen Engagement konnte sich der historische Ort in eine stark besuchte und professionell arbeitende Gedenkstätte verwandeln. Darüber hinaus setzten sie sich aktiv und erfolgreich für die Schaffung des Heimkinderfonds ein.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, hat Frank Ebert, Mitbegründer und langjähriger Mitarbeiter des Archivs DDR-Opposition, am 1. Oktober den Verdienstorden des Landes Berlin verliehen. Mit dem Orden würdigte das Land Berlin Frank Eberts herausragende Verdienste bei dem Projekt „Lichtgrenze“ anlässlich des 25. Jahrestags des Mauerfalls am 9. November 2014.

Viele Menschen seien an diesem Projekt beteiligt gewesen, sagte Michael Müller, doch dem Organisator Frank Ebert und den beiden Erfindern der Lichtinstalla-

tion, Christopher und Marc Bauder, sei es zu verdanken, daß das Projekt schließlich auch realisiert werden konnte. Dafür habe Frank Ebert viel Überzeugungsarbeit geleistet, so Müller. Auf hundert Tafeln waren entlang der Lichtgrenze eindringliche Geschichten aus der geteilten Stadt zu lesen. Das hatte viele Besucher besonders berührt.

Anlässlich des 25. Jahrestages der Deutschen Einheit verlieh die EVP-Fraktion Dr. Wolfgang Welsch die Robert-Schuman-Medaille. „Er war Widerstandskämpfer, Stasi-Opfer und Fluchthelfer, der entgegen allen Prognosen den Glauben an Demokratie und Freiheit nie verloren hat. Sein Widerstand gegen das Unrechtsregime der DDR ist ein beeindruckendes Vorbild dafür, daß es sich lohnt, für seine Überzeugung zu kämpfen. Menschen wie Wolfgang Welsch verdanken wir, daß die Wiedervereinigung des europäischen Kontinents nie unerreichbar gewesen ist“, erklärte die Vorsitzende der CSU-Europagruppe, Angelika Niebler.

Allen Ausgezeichneten herzlichen Glückwunsch!

## 8. Hohenschönhausen-Forum

„Ich hab nur meine Pflicht getan“ – Täter im Dritten Reich und in der DDR

**16. November 2015**

Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen  
Genslerstraße 66, 13055 Berlin

Nach dem Ende einer Diktatur steht vor allem eine Frage im Raum: Wer trägt die Verantwortung für die begangenen Verbrechen? Die Antwort darauf ist schwieriger, als es auf den ersten Blick erscheint: Sind es die politischen Führer, die die Verbrechen angeordnet haben? Sind es die Uniformierten und Funktionsträger, die sie ausführten? Oder sind es nicht doch die vielen „Durchschnittsbürger“, die das Regime stillschweigend unterstützt haben?

Während über die Täter im Nationalsozialismus zahlreiche Untersuchungen vorliegen, ist über die Verantwortungsträger in der DDR bis heute relativ wenig bekannt. Wo kamen sie her? Wie wurden sie zu dem, was sie waren? Und wurden sie für ihre Taten zur Verantwortung gezogen?

25 Jahre nach dem Ende der DDR diskutieren Experten auf dem 8. Hohenschönhausen-Forum über ein immer noch brisantes Thema – die großen und kleinen

Täter, ohne die keine Diktatur funktionieren kann.

9.00 Uhr: **Begrüßung**

Dr. Hubertus Knabe, Direktor Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Berlin, Andreas Kleine-Kraneburg, Leiter Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin

9.30 – 10.00 Uhr: **Was ist ein Täter?**

Versuch einer Definition  
(Prof. Dr. Karol Sauerland, Germanist und Philosoph, Warschau)

10.00 – 12.00 Uhr: Panel I – **Grundlagen**

**Die Philosophie der Täter.** Politisch-ideologische Grundlagen moderner Massenverbrechen

(Prof. Dr. Barbara Zehnppennig, Universität Passau)

**Die Psyche der Täter.** Individualpsychologische Motive für die Mitwirkung an Gewalt und Unterdrückung

(Dr. Stefan Trobisch-Lütge, Gegenwind – Beratungsstelle für politisch Traumatisierte der SED-Diktatur, Berlin)

**Täter im Nationalsozialismus.** Forschungsstand und offene Fragen  
(Prof. Dr. Manfred Görtemaker, Universität Potsdam)

**Täter im Kommunismus.** Forschungsstand und offene Fragen

(Prof. Dr. Klaus Schroeder, Leiter Forschungsverbund SED-Staat, Freie Universität Berlin)

Moderation: Sven Felix Kellerhoff, Journalist, Die Welt, Berlin

12.00 – 14.00 Uhr: Mittagspause

In dieser Zeit besteht die Möglichkeit, an einer Führung durch die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen teilzunehmen oder die Dauerausstellung zu besichtigen.

14.00 – 16.00 Uhr: Panel II – **Tätergruppen**

**Die Verantwortlichen des Holocaust.** Soziogramm einer besonderen Tätergruppe

(Dr. Hans-Christian Jasch, Direktor Gedenkstätte Haus der Wannseekonferenz, Berlin)



**Die hauptamtlichen Stasi-Mitarbeiter.** Zur kollektiven Biographie eines Unterdrückungsapparates (Dr. Jens Gieseke, Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam)

**Denunziation in der DDR.** Die Bedeutung des Spitzelsystems für den Machterhalt der SED (Prof. Dr. Helmut Müller-Enbergs, Sydansk Universität, Dänemark)

**Täter oder Opfer?** – Die Zelleninformatoren des MfS (Dr. Tobias Wunschik, Mitarbeiter der Abteilung Bildung und Forschung des BStU, Berlin)

Moderation: Helmuth Frauendorfer, stellv. Direktor Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Berlin

16.00 – 16.30 Uhr: Kaffeepause

16.30 – 18.30 Uhr: Panel III – **Der Umgang mit den Tätern**

**Die strafrechtliche Aufarbeitung von Staatsverbrechen.** Möglichkeiten und Grenzen (Kurt Schrimm, Leiter Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen, Ludwigsburg)

**Die Faszination des Täters.** Politische Verbrechen im Film (Dr. Rainer Rother, Künstlerischer Direktor der Deutschen Kinemathek, Berlin)

**Die Rolle des Täters in der Literatur.** Zwischen Fiktion und Wirklichkeit (Michaela Nowotnick, Literaturwissen-

schaftlerin am Institut für deutsche Literatur, Humboldt-Universität, Berlin)

**Das Unrecht hat einen Namen.** Täter in der Bildungsarbeit von Gedenkstätten (Dr. Hubertus Knabe, Direktor Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Berlin)

Moderation: Dr. Norbert Seitz, Hörfunkautor beim Deutschlandfunk, Berlin

18.30 Uhr: **Resümee**  
Rita Schorpp, Koordinatorin, Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin

Anmeldung bis zum 13.11.2015 unter Tel. (030) 986 08 24 13 oder E-Mail [pressestelle@stiftung-hsh.de](mailto:pressestelle@stiftung-hsh.de)

## Jahresabschluß

Liebe Kameradinnen und Kameraden,

hiermit laden wir Euch ganz herzlich zu unserer Jahresabschlußveranstaltung ein, **am Sonnabend, dem 5. Dezember 2015**, 10.00 Uhr, nach 09111 Chemnitz, Markt 1, im Ratskeller (links), Einlaß ab 9.30 Uhr.

Traditionell wollen wir uns wieder im Kreise der Kameradinnen und Kameraden, begleitet von Familienangehörigen und Freunden, wiedersehen.

Gemeinsam mit unserem Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Lutz Rathenow, und unserem VOS-Landesvorsitzenden, Kamerad Frank Nemetz, nehmen wir Rückblick auf 2014/2015 und

werden über aktuelle Themen berichten und diskutieren.

Wir freuen uns auf Euer Kommen.

Teilnahmebestätigung bitte an VOS-Chemnitz, Müllerstr. 12, 09113 Chemnitz, oder per Telefon unter 0176-82 57 31 61.

Der Vorstand der VOS Chemnitz - Hohenstein-Ernstthal – Stollberg

## Abschied

Der Jurist und langjährige Vorsitzende des Beirats ehemaliger Internierter des sowjetischen Speziallagers Nr. 2 Buchenwald, Günther Rudolph, ist gestorben. Am 29. August 1927 in Dresden geboren, gehörte Günther Rudolph

während der NS-Zeit dem Jungvolk der Hitler-Jugend an, war anschließend im Reichsarbeitsdienst und Luftwaffenheifer. Am Ende des Zweiten Weltkrieges kam er für kurze Zeit in amerikanische Kriegsgefangenschaft. Nach seiner Entlassung kehrte er nach Dresden zurück. Mit 18 Jahren wird Günther Rudolph am 1. Februar 1946 von sowjetischen Organen verhaftet und für sechs Monate in Untersuchungshaft im Gefängnis Großenhain in Sachsen festgehalten. Er wird beschuldigt, Mitglied des „Werwolfs“ gewesen zu sein, und nachts stundenlang verhört. Ende August 1946 kommt Günther Rudolph in das Speziallager Nr. 1 in Mühlberg/Elbe. Bei der Auflösung des Lagers 1948 wird er zusammen mit 6000 weiteren Internierten in das Speziallager Nr. 2 Buchenwald verlegt. Dort kann er als Helfer in der Zahnstation arbeiten. Am 15. Februar 1950 wird er entlassen.

Nach seiner Entlassung flieht Günther Rudolph nach West-Berlin. Er holt sein Abitur nach und studiert Jura. Anschließend übernimmt ihn der hessische Staatsdienst, und er ist im Finanzmini-

sterium tätig. Nach seiner Pensionierung als Ministerialrat arbeitet er weiter als Rechtsanwalt. Günther Rudolph engagiert sich stark für die Belange der ehemaligen politischen Gefangenen. Von 1991 bis 2001 ist er ehrenamtlicher Vorstandsvorsitzender der Initiativgruppe Lager Mühlberg e.V., von 1997 bis 2001 Vorstandsmitglied der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) und von 1998 bis 2001 Geschäftsführer der Internationalen Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus. Zudem war er seit 1994 Mitglied und seit 1998 Vorsitzender des Beirats ehemaliger Internierter des sowjetischen Speziallagers Nr. 2 Buchenwald. 2008 verlieh ihm der damalige hessische Ministerpräsident Roland Koch das Verdienstkreuz Erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschlands.

Wenige Tage nach seinem 88. Geburtstag verstarb Günther Rudolph am 7. September 2015.

(Quelle: Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora)

## Museum im Stasi-Bunker

Ehemalige Ausweichführungsstelle des Leiters der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Leipzig

Flurstück 439, 04827 Machern

Besichtigung des Gesamtgeländes, Führungen durch den Bunker

Öffnungszeiten:

jeden letzten Sonnabend und Sonntag im Monat von 13 bis 16 Uhr

Bürgerkomitee Leipzig e.V.

Tel. (03 41) 9 61 24 43

Fax (03 41) 9 61 24 99

## Veranstaltungen

9.11. (Mo), 10.00 Uhr:

**26. Jahrestag des Mauerfalls**, Posaunenruf an der Hinterlandmauer, Andacht in der Kapelle der Versöhnung mit anschließender Kranzniederlegung am nationalen Denkmal; Veranstaltung d. Stiftung Gedenkstätte Berliner Mauer; Ort: Bernauer Straße, 13355 Berlin

9.11. (Mo), 10.00–19.00 Uhr:

**77. Gedenktag für die Opfer der Novemberpogrome von 1938 und 26. Jahrestag des Mauerfalls**. Veranstaltung d. Gedenkstätte Lindenstraße für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert; Ort: Gedenkstätte Lindenstraße, Lindenstr. 54, 14467 Potsdam

10.11. (Di), 18.00 Uhr:

**Von der Ossietzky-Affäre zur Erinnerungspolitik im Bundestag**, Vortrag v. Dr. Philipp Lengsfeld MdB; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

10.11. (Di), 18.00 Uhr:

**Drushba?! Die deutsch-sowjetische Freundschaft**, Veranstaltung der Bundesstiftung Aufarbeitung u.a. in der Reihe „Erinnerungsort DDR. Alltag – Herrschaft – Gesellschaft“; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

10.11. (Di), 18.30 Uhr:

**Musikalische Buchlesung „Verborgene Wunden“**, mit Dr. Karl-Heinz Bomberg, Prof. Dr. Jörg Frommer u. Birgit Neumann-Becker; Veranstaltung d. LStU Sachsen-Anhalt u.a.; Ort: Stadtmuseum Halle, Große Märkerstr. 10, 06108 Halle/S.

10.11. (Di), 19.00 Uhr:

**„Die Wende aus meiner Sicht“**. Diskussionsabend 25 Jahre Deutsche Einheit, mit Sigmund Jähn, erster deutscher Kosmonaut im All, Prof. Dr. Werner Patzelt, Gründungsprofessor d. Dresdner Instituts f. Politikwissenschaft, Prof. Dr. Wendelin Szalai, Prof. f. Geschichte, Dr. Herbert Wagner, Dresdner OB 1990-2011; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzner Straße; Ort: Gedenkstätte Bautzner Straße, Bautzner Str. 112 a, 01099 Dresden

10.11. (Di), 19.00 Uhr:

**Zersetzung an der Alster**. Die Stasi und das Hilfswerk Helfende Hände, Vortrag u. Gespräch mit Dr. Volker Höffer, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock u.a.; Ort: Hamburg Museum, Hörsaal, Holstenwall 24, 20355 Hamburg

11.11. (Mi), 18.00 Uhr:

**Stasi im Publikum**, Vortrag v. Ingo Pfeil, DNN, mit anschließendem Gespräch;

## „Entrückte Biographien“

## Politisch angeordneter Kindesentzug im Unrechtsstaat DDR

UOKG-Kongreß zur Zwangsadoption  
In Kooperation mit dem OvZ-DDR e.V.

**Sonnabend, 7. November 2015**

Ort: Gedenkstätte Berliner Mauer,  
Besucherzentrum, Bernauer Straße 119,  
13355 Berlin

Zwangsadoptionen wurden in der DDR als Mittel der staatlichen Verfolgung eingesetzt, um Familien zu bestrafen, die sich dem Herrschaftsanspruch der SED widersetzen. Die Kinder sollten in einer systemkonformen Familie aufwachsen, um als sozialistische Persönlichkeiten erzogen zu werden.

Für leibliche Eltern war es eine Strafe, die bis heute wirkt. Für die Adoptierten ist es nicht nur ein massiver Eingriff in ihre Biographie, sondern auch ein seelischer Spagat zwischen zwei Familien- und Weltanschauungssystemen.

In der DDR gab es ca. 72 000 Adoptionen. Bis heute gibt es keine wissenschaftlichen Forschungsarbeiten in Zusammenhang mit der strafrechtlichen Verfolgung der leiblichen Eltern (sehr häufig betraf es junge alleinstehende Mütter) und die daraus resultierenden Kindeswegnahmen.

Mit dem Kongreß möchten wir auf das Schicksal dieser Opfer aufmerksam machen und ihnen eine Stimme geben, damit sie 25 Jahre nach der Wiedervereinigung endlich gehört werden und damit nicht länger weggeschaut wird.

**Programm**

**11.00 Uhr:** Eröffnung des Kongresses

**11.10 Uhr:** Dokumentation über die Suche eines betroffenen Vaters – ein nachgestelltes Gesprächsprotokoll zwischen einer betroffenen Mutter und einer damals Verantwortlichen

**11.45 – 12.15 Uhr:** Juristische Grundlagen für Rehabilitationen und Defizite bei der Wiedergutmachung des erlittenen DDR-Unrechtes (Benjamin Baumgart, Jurist, Beratungsstelle der UOKG)

**12.15 – 13.00 Uhr:** Fundstücke über Zwangsadoptionen in der DDR

(Dr. Christian Sachse – Historiker, Politikwissenschaftler, Berlin)

**13.00 – 13.45 Uhr:** Kaffee- und Imbisspause

**13.45 – 14.15 Uhr:** Die Arbeit der Clearingstelle Berlin von 1991 bis 1993 und der Zentralen Adoptionsstellen (besonders der neuen Bundesländer) derzeit (Kathrin Otto, Leiterin der Zentralen Adoptionsstelle Berlin-Brandenburg)

**14.15 – 14.30 Uhr:** Diskussionsrunde

**14.30 – 15.00 Uhr:** Umgang mit der Thematik, Unterschiede in der Beratung zwischen leiblichen Eltern und adoptierten Kindern; Ausbau der Zusammenarbeit zwischen Beratungsstelle und Adoptionsvermittlungsstellen; Akten-Herausgabe

(Katrin Behr, Fachberaterin der UOKG für DDR-Zwangsadoptionen)

**15.45 – 16.00 Uhr:** Kaffeepause

**Grotewohl-Expresß**

Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen bietet jeden Donnerstag um 13.00 Uhr einen Rundgang mit Zeitzeugen und Besichtigung des „Grotewohl-Expresß“ an. Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Genslerstr. 66, 13055 Berlin, Tel. (0 30) 98 60 82 30

**16.00 Uhr:** Traumatische Auslöser und deren Wirkung bis ins jetzige Leben. Therapeutische Erfahrungen bei DDR-Zwangsadoptionen, sowohl mit leiblichen Eltern, als auch mit zwangsadoptierten Kindern und Sicht auf die Adoptiveltern

(Dr. Stefan Trobisch-Lütge, Psychotherapeut in der Beratungsstelle Gegenwind)

**16.45 – 17.45 Uhr:** Podium – Perspektiven für die Aufarbeitung von DDR-Zwangsadoptionen. Welche Hilfen für die Betroffenen nötig sind

(Dr. Christian Sachse, Dr. Stefan Trobisch-Lütge, Benjamin Baumgart, Kathrin Otto, Singora-Viola Greiner-Willibald, Zeitzeugin, Andreas Laake, Zeitzeuge)

Moderation: Peter Grimm (Journalist), angefragt

**Ca. 17.45 Uhr:** Abschlusßdiskussion und Resümee



## Bedrohter Alltag

(VT) Die Nachrichten der letzten Jahre und Monate über das Bespitzeln von Bürgern per Telefon und Internet durch aus- und inländische Geheimdienste stellt für ein solches Buch einen nicht zu übersehenden aktuellen Bezug her. Ein Pfarrer, der in der DDR sein Amt nicht nur „verwalten“, sondern den Freiraum Kirche im real-existierenden Sozialismus erlebbar machen wollte, geriet rasch in den Fokus des MfS. Für einen offenen Dialog gab es außerhalb der Kirche kaum einen Raum.

In einem Gespräch mit Jürgen Fuchs, im Buch dokumentiert, sagt dieser zum Ehepaar Linke: „Ich finde euch in keiner Weise defensiv. Ich empfinde euch als re-

mich aus. Ich empfinde die Gesellschaft insgesamt als defensiv. ... Um so wichtiger ist das, was ihr tut.“

Man ist geneigt, bei Dietmar Linkes „Bedrohter Alltag“ von einer Beispielgeschichte zu sprechen, die weit über den dokumentarischen Charakter hinaus die systematischen Zerstörungsversuche des MfS gegen einen Aufmüpfigen zeigt. Linke war von 1971 bis 1983 Pfarrer in verschiedenen Gemeinden in der DDR, arbeitete im Rahmen seiner Tätigkeit gemeinsam mit seiner Frau mit kritischen Schriftstellern der DDR zusammen, war Mitbegründer der „Friedenswerkstatt“ in Ost-Berlin.

„Was ihr berichtet, beschreibt, erlebt, bekämpft und durchgestanden habt“, so schreibt Jürgen Fuchs, „betrifft viele, wenige, die es so weit treiben wie ihr wenigen, die es reflektieren. Aber es ist doch fast ein Massenphänomen. Die Wahrscheinlichkeit, daß es zukünftig auftritt, so oder anders, ist relativ hoch.“

Ein Buch, das wie kaum ein zweites das beschreibt, wessen man die DDR anklagen muß. Sie hat einen Staatsterrorismus errichtet, der sich auch dann noch gegen die Bürger richtete, wenn sie das Land erzwungenermaßen verlassen hatten. So wurde auch das Ehepaar Linke nach seiner Ausbürgerung nach West-Berlin weiterhin überwacht und stand im Fokus staatlicher Dienststellen der DDR.

Ein aufregendes und ein aufklärendes Buch, das angesichts sich verstärkender, verharmlosender Ostalgie besonders wichtig ist, weil es die Systematik von staatlichem Terror und Zerstörung zeigt.

alistisch, mutig, energisch. Ich empfinde euch solidarisch gegenüber anderen und euch selbst. Ich wollte nur andeuten, daß es sowieso keine Möglichkeit gibt, die Taten von Wiegand und anderen rückgängig zu machen, ob sie nun verstehen, was ihr für richtig haltet, oder ob sie bereuen, das ist fast eine untergeordnete Frage. Sondern daß es bei Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen dieser Art und auch dem, was man selber erlebt hat und andere erlebt haben, nur das produktive Dagegen gibt, human natürlich, aber das produktive Dagegen. Das drückt ihr für

## Gesperrte Ablage

(VT) Über vierzig Jahre Literaturgeschichte, die nicht stattfinden sollte, die unterdrückt und auch nach 1989 kaum in den Blick genommen wurde: Ines Geipel und Joachim Walther erzählen sie.

Der DDR-Diktatur ist es gelungen, auch nach ihrem Untergang das Gedächtnis der Öffentlichkeit im Hinblick auf die Geschichte des literarischen Schaffens zu beeinflussen. Das einfache Bild, das

während ihrer Existenz vorherrschte, ist das von den „staatstragenden“ Künstlern und deren „Kontrapunkten“, den kritischen, aber trotzdem loyalen Autorinnen und Autoren, die oft auch im Westen zu Berühmtheit gelangen konnten. Ein sehr geschöntes Bild, denn in Wahrheit ist dies nur der zugelassene Teil der Literaturgeschichte – bestimmte Stoffe und Ästhetiken, ja, alles wirklich Nonkonforme, Experimentelle, Widerständige wurde konsequent behindert, unterdrückt, verfolgt, verschwiegen, abgelegt und weggesperrt.

Wenn Kunst etwas mit Freiheit zu tun hat, dann ist dies die wahre Literaturgeschichte Ostdeutschlands, und sie muß gegen die nach wie vor zähe Propaganda eines Systems erzählt werden.

## Veranstaltungen

Veranstaltung d. BStU Außenstelle Dresden; Ort: Erich-Kästner-Museum, Antonstr. 1, 01097 Dresden

12.11. (Do), 19.00 Uhr:

„**Freiheit, die ich meine**“. Siegmund Faust als literarischer Weggefährte Wolfgang Hilbig's, Lesung mit Siegmund Faust, Autor; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig u.a.; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

15.11. (So), 17.00 Uhr:

**Chorkonzert zum Volkstrauertag**. Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzen; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen

18.11. (Mi), 19.00 Uhr:

**Gescheitert? – Die juristische Aufarbeitung des SED-Unrechts**, mit Prof. Hans-Jürgen Papier, Präsident d. Bundesverfassungsgerichts a.D., München, Staatsanwalt Matthias Bath, Berlin, Prof. Dr. Rainer Schröder, HU Berlin, Dr. Falco Werkentin, Soziologe u. Justizforscher, Berlin; Veranstaltung d. Berliner Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen u.a. in der Reihe „Vor 25 Jahren: Deutsche Einheit und Ende des Kalten Krieges“; Ort: Humboldt-Universität, Grimm-Zentrum, Auditorium, Geschwister-Scholl-Str. 1–3, 10117 Berlin

19.11. (Do), 18.30 Uhr:

**Musikalische Buchlesung „Verborgene Wunden“**, mit Dr. Karl-Heinz Bomberg, Prof. Dr. Jörg Frommer u. Birgit Neumann-Becker; Veranstaltung d. LStU Sachsen-Anhalt u.a.; Ort: Roncalli-Haus Magdeburg, Max-Josef-Metzger-Str. 12/13, 39104 Magdeburg

24.11. (Di), 18.00 Uhr:

**Der Eisene Vorhang – Bulgarien**. Multimediales Projekt, vorgestellt v. Fanna Kolarova u. Stoyan Raichevsky; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

24.11. (Di), 19.00 Uhr:

„**Gefangen im Netz der Dunkel Männer**“, Roland Jahn und Dr. Berndt Seite im Dialog zur Stasi-Überwachung; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock; Ort: Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen U-Haft der Stasi in Rostock, Hermannstr. 34b, 18055 Rostock

25.11. (Mi), 19.30 Uhr:

**Christ in Uniform** – Erinnerungen eines Unpolitischen zwischen Flucht und Heimkehr nach Brandenburg, mit Jörg Schönbohm im Gespräch; Veranstaltung der Berliner Domgemeinde; Ort: Oberpfarr- und Domkirche zu Berlin, Domküsterei, Am Lustgarten, 10178 Berlin



Dietmar Linke: *Bedrohter Alltag. Als Pfarrer im Fokus des MfS*, mit einem Vorwort von Karl Wilhelm Fricke, Geest-Verlag 2015, 496 S., 16,80 €



Ines Geipel, Joachim Walther: *Gesperrte Ablage. Unterdrückte Literaturgeschichte in Ostdeutschland 1945-1989*, Lilienfeld Verlag 2015, 432 S., 24,90 €



## Wie zwei Berlins zusammenwachsen

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im November und Dezember Geburtstag haben

Sonja Cantow, Rudolf Novotny am 1. November, Hans Schramm am 2. November, Helga Kiwitt am 4. November, Graziano Bertussin am 7. November, Elli Wargowski am 11. November, Elisabeth Wollin am 17. November, Fritz Esenwein, Renate Heinrich am 18. November, Karl-Heinz Chilla am 20. November, Günter Baasch, Ingeborg Hoppe am 21. November, Günter Marciniak am 22. November, Joachim Schubert am 23. November, Inge Komoll am 26. November, Gerd Gebert am 27. November, Stefanie Brown am 28. November, Kurt Große am 1. Dezember, Wolfgang Heitmann am 5. Dezember, Horst Popper am 7. Dezember, Willi Ulich am 8. Dezember, Dr. Kurt Hauschild am 14. Dezember, Heinrich Kalmer am 15. Dezember, Günther Triebisch am 16. Dezember, Erna Kalauch am 17. Dezember, Rainer Schmiedel am 18. Dezember, Ingeborg Dudlitz, Klaus-Jürgen Hager,

28.11. (Sa), 14.00–20.00 Uhr:

**Leben und Aufwachsen in der Diktatur.** 14.00 Uhr: Flucht aus der Diktatur, Integration und Demokratie, Schüler präsentieren ihre Arbeiten; 17.00 Uhr: Der Traum von der Einheit. Fragen zu Deutschland und Korea; 18.00 Uhr: Nord-Korea und die Menschenrechte: Flucht als letzte Überlebenschance? 19.00 Uhr: Diktatur und Freiheit – Korea und Deutschland im Vergleich; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzner Straße u.a.; Ort: Gedenkstätte Bautzner Straße, Bautzner Str. 112 a, 01099 Dresden

2.12. (Mi), 19.00 Uhr:

**Ende des Kalten Krieges?** Friedensdividende aufgebraucht? Podiumsdiskussion mit Dr. Emmanuel Droit, Centre Marc Bloch, Berlin, Prof. Dr. Krzysztof Ruchniewicz, Universität Wrocław, Prof. Dr. Bernd Stöver, Universität Potsdam, Dr. Krisztián Ungváry, Budapest, Prof. Dr. Alexander Vatlin, Lomonossov-Universität Moskau; Veranstaltung d. Berliner Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen u.a. in der Reihe „Vor 25 Jahren: Deutsche Einheit und Ende des Kalten Krieges“; Ort: Gedenkstätte Berliner Mauer, Besucherzentrum, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

3.12. (Do), 19.00 Uhr:

**Die schweigende Mehrheit Ost.** Stasi-Berichte und geheime Demoskopie dem Volk auf der Spur, Vortrag v. Jens Gieseke, ZZF Potsdam; Veranstaltung d. Gedenkstätte Lindenstraße für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert; Ort: Gedenkstätte Lindenstraße, Lindenstr. 54, 14467 Potsdam

4.12. (Fr), 18.00 Uhr:

**Festakt im Roten Rathaus – 25. Gründungsjubiläum der Gedenkbibliothek,** Festredner: Dr. Anna Kaminsky, Geschäftsführerin d. Bundesstiftung Aufarbeitung, Dr. Hans-Gert Pöttering, Vorstand Konrad-Adenauer-Stiftung, Ursula Popiolek, Vorstandsvorsitzende Gedenkbibliothek; Ausstellungseröffnung: Der Eisene Vorhang – Bulgarien, mit Fanna Kolarova

8.12. (Di), 18.00 Uhr:

**Datsche, Kneipe, FKK. War die DDR eine „Nischengesellschaft“?** Veranstaltung der Bundesstiftung Aufarbeitung u.a. in der Reihe „Erinnerungsort DDR. Alltag – Herrschaft – Gesellschaft“; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

15.12. (Di), 14.00 Uhr:

**Veranstaltung** d. BSV-Landesverbandes Berlin u.a. zu einem politisch-historischen Thema mit anschließender Gesprächsrunde in vorweihnachtlichem Rahmen; Ort Stasi-Museum, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin, Raum 710

(VT) Revolution ist, wenn die Verwaltung Überstunden macht? Norbert Kaczmarek, ehemaliger Leiter der Abteilung Politische Koordination der Senatskanzlei Berlin, hat den Umbruch 1989/90 unmittelbar miterlebt – aus einer sehr besonderen Perspektive: In diesen Jahren gingen die Menschen überall in der DDR auf die Straßen und forderten den Systemwechsel. Doch entgegen allen Vorstellungen von Revolutionen als



plötzliche Unfälle der Geschichte zeigt der Autor, daß keine Revolution ohne administrative Begleitung auskommt.

Die Wiedervereinigung Berlins im

Gefolge der Friedlichen Revolution von 1989/90 war auch maßgeblich das Werk vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Bundes- und Landesbehörden. Ohne deren „Amtshilfe“ wäre die Wiedervereinigung – der Traum vieler Demonstranten von 1989 – nicht Wirklichkeit geworden. Norbert Kaczmarek erzählt präzise und zuweilen spitz, als teilnehmender Beobachter, aber auch als Mitgestalter, die relevanten Ereignisse vom Herbst 1989 an bis hin zur Vereinigung Ost- und West-Berlins. Dabei ruft er Personen und Fakten in Erinnerung, die bereits vergessen sind. Er klärt Zusammenhänge, die sich ohne die profunde Kenntnis der politischen und administrativen Ereignisse hinter den Bühnen nicht erkennen lassen. Ein aufschlußreiches, brillant geschriebenes Buch zur Berliner Landesgeschichte.

.....  
Norbert Kaczmarek: *Wie zwei Berlins zusammenwachsen. Revolution ist, wenn die Verwaltung Überstunden macht*, Vergangenheitverlag 2015, 240 S., 16,90 €  
.....

### Buchtip

## Ausgelacht

DDR-Witze aus den Geheimakten des BND

Von Hans-Hermann Hertle (Hg.) und Hans-Wilhelm Saure (Hg.)

Ch. Links Verlag 2015  
144 Seiten, 10,00 €

### UOKG-Beratungsstelle

Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin  
Fax (030) 55 77 93 40

Benjamin Baumgart, Jurist  
Mo–Fr, 10.30–12.30 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 53  
E-Mail baumgart@uokg.de

Martha Wedra, Juristin  
Mo–Fr, 8.30–10.30 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 52  
E-Mail wedra@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption),  
Mo–Fr, 14–16 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 54  
E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

### Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin  
Tel. (030) 55 49 63 34  
Fax (030) 55 49 63 35  
E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin  
Di 11–18 Uhr, Mi u. Do 11–16 Uhr  
Marleen Puchert

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Heinz Nietsch am 20. Dezember, Werner Heupel am 21. Dezember, Ilse Dittmer am 23. Dezember, Claudia Braath, Elke Daßau, Christiane Nickel am 25. Dezember, Rudolf Pahl am 27. Dezember, Irmgard Rautenberg am 29. Dezember, Fritz Stahlberg am 30. Dezember

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

### Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Dora u. Silvia Brandenburg, Klaus Fischer, Hans-Christoph Flade, Horst Gutmann, Wolfgang Heilmann, Peter Jost, Helga Kunert, Gudrun Ingeborg Lindh, Horst u. Sieglinde Opitz, Bodo Platt, Eike Christine Radewahn, Horst Schultz, Ursula Timm, Gerda Täuber, Margarete Weise, Christa Weiske, Gisela Wollscheid, Rudolf Zenker, Dr. Ursula Zimmermann

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein  
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48  
Berliner Bank AG

IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01  
BIC: DEUT DE DB110

Verwendungszweck:

„Stacheldraht-Spende“

### Das Zitat

Jeder wird ein letzter Zeuge für Dinge, Menschen, Erlebnisse sein, die mit ihm unweigerlich verschwinden.

Rüdiger Safranski

### Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia

Sprechzeiten: Mi 11–17 Uhr

### BSV-Förderverein für Beratungen

Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1

10365 Berlin

Telefon (030) 55 49 63 34

Fax (030) 55 49 63 35

E-Mail: bsv-beratung@gmx.de

Konto: BSV-Förderverein

Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48

Nr. 665 52 45 00

IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00

BIC DEUT DE DB110

### Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Vorstandsbeauftragte:

Dr. Christian Fuchs, Theo Mittrup

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40

Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19

Ruschestraße 103, Haus 1

10365 Berlin

Internet: www.uokg.de

E-Mail: info@uokg.de

UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,

Deutsche Bank, BLZ 100 700 24

IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00

BIC DEUTDE33HAN

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin

PVSt., Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt

\*13017#000#0412\*

## Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de

Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110

BUNDESSTIFTUNG  
AUFARBEITUNG

Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,- Euro  
Auflagenhöhe 10 000

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor. Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 10. Oktober 2015

